

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 11. Januar 2003

113. Jahrgang Nr. 31.388

Alles falsch

Am 2. Januar 2002 trat der damalige Senator der Provinz Buenos Aires, Eduardo Duhalde, das Amt des Präsidenten bis zum 10. Dezember 2003 an, wofür ihn beide Kammern des Kongresses ernannt hatten. Anstatt sich an diesen Termin zu halten und so bald wie möglich einen Wahltermin möglicherweise in der zweiten Hälfte Oktober 2003 zu bestimmen, kümmerte sich Duhalde um die sogenannte politische Reform. Als deren Teil erliess der Kongress das Gesetz über simultane und offene Internwahlen.

Kaum verkündet, wurde dieses Gesetz von mehreren Politikern beanstandet, weil es Mitgliedern einer Partei erlaubte, an den Internwahlen anderer Parteien teilzunehmen. Die unerlässliche Säuberung der veralteten und künstlich aufgeblähten Mitgliederlisten wurde tunlichst unterlassen. Statt dessen reagierte Duhalde Anfang Juli hysterisch, als er nach der Erschiessung zweier Aktivisten an der Pueyrredón-Brücke in Avellaneda durch die Bundespolizei unerwarteterweise ankündigte, dass er zum 25. Mai 2003 unwiderruflich demissionieren würde, so dass die Wahl vorgezogen werden müsse. All das erwies sich als falsch und bewirkte in der Folge zahlreiche ebenfalls falsche Handlungen des Präsidenten und seiner Gefolgschaft.

Je länger um so deutlicher wurde die Abneigung Duhaldes gegen den Kandidaten und Expräsidenten Carlos Saúl Menem, der die Absicht, nochmals das höchste Amt im Lande durch Wahlen zu erringen, am Tag seiner Amtsübergabe an den Nachfolger Fernando de la Rúa am 10. Dezember 1999 verkündet hatte und seither dabei blieb. Duhalde, besonders seine Gattin Hilda, genannt Chiche, empfanden die Vorstellung, Menem als Nachfolger anzuerkennen, offenbar als ein Gräueltum, das unbedingt zu vermeiden sei. In der Folge machte Duhalde alles falsch.

Gelegentlich liess er sich für Internwahlen der justizialistischen Partei erwärmen und glaubte, er könne einen Kandidaten unterstützen, der Menem in den Internwahlen schlagen würde. Gouverneur Reutemann lehnte die Kandidatur ab, Gouverneur de la Sota und Gouverneur Kirchner blieben in den Umfragen zurück, und Exgouverneur Rodríguez Saá, eingeschworener Parteifeind Duhaldes, kam überhaupt nicht in Frage.

Danach war es das Huckepack, Spanisch „ley de lemas“, das einen Ausweg zeigte. Die Politiker der justizialistischen Partei hatten schon Ende 2001 versucht, das Huckepack einzuführen, als sie im Kongress Rodríguez Saá für zwei Monate als Präsidenten ernannten. Er sollte Wahlen mit Huckepack einberufen. Indessen erwies sich dieses Wahlsystem, das mehrere Provinzen für ihre Gouverneurswahlen benützen, als verfassungswidrig, weil das Grundgesetz vorschreibt, dass für die Präsidentschaft Kandidaten und nicht Parteien zu wählen sind. Im Huckepack addierte der meistgewählte Kandidat der gleichen Partei die Stimmen der anderen Kandidaten.

Trotzdem zeigte sich Duhalde gelegentlich als Befürworter des Huckepack, das inzwischen mit mehreren Varianten vorgestellt wurde. Aber als in der Vorwoche der Führungsausschuss („mesa“) des Parteitag („congreso“) der Justizialisten das Huckepack empfahl, wobei sogar die Anhänger Menems mitmachten, winkte Duhalde ab. Ohne seine Unterschrift als Präsident kann das Huckepack nicht als Gesetzesvorlage im Kongress zu den jetzigen ausserordentlichen Sitzungen eingebracht werden. Der Beschluss des Führungsausschusses hatte vorbehaltlich der Ablehnung des Huckepacks auf die Internwahlen am 23. Februar oder allenfalls 2. März bestanden.

Diese Internwahlen will Duhalde freilich umgehen, weil ihm die Kenner seiner Partei offenbar ankündigen, dass Menem siegt. Hierfür genügt die einfache Mehrheit. Andere Parteipolitiker lehnen das Huckepack ab und sind nicht bereit, im Kongress dafür zu stimmen, wofür die absolute Mehrheit beider Kammern erforderlich ist. Mit den Justizialisten allein kann diese Mehrheit im Senat, aber nicht in der Deputiertenkammer gemustert werden. Aus Huckepack.

Wie es Duhalde und seine Gefolgschaft durchsetzen werden, die Internwahlen abzublasen und allenfalls die Wahlen vom 27. April bis Oktober zu verschieben, bleibt abzuwarten. Seine engsten Mitarbeiter bereiten ein Volksreferendum vor, damit Duhalde seine Ablehnung jeglicher Kandidatur aufgibt. Duhalde schwört zwar unentwegt, dass er am 25. Mai ausscheidet und nachher keine Kandidatur annimmt, liess aber durchblicken, dass er es sich anders überlegen würde, hätte er nicht sein Wort gegeben. Das Präsidentenwort sei jedenfalls zu achten, so Duhalde. Für das Referendum muss eine Million Bürger unterschreiben, was im Januar unwahrscheinlich erscheint.

Die andere Alternative Duhaldes, den Parteitag einzuberufen, der die Internwahlen aussetzt und einen Kandidaten ernannt, wie weiland bei sieben der acht Präsidentschaftswahlen, an denen die Partei mitgemacht hat, ist misslungen, weil Reutemann von Santa Fe und de la Sota von Córdoba nicht mitmachen. Sie setzen auf Internwahlen.

Die politische Lage ist für Duhalde und Genossen dermassen verworren, nachdem sie alles falsch gemacht haben, dass sie nur noch auf ein Gerichtsurteil hoffen, dass die vorgezogenen Aprilwahlen aufhebt, weil sie gegen die Verfassung verstossen, laut der Präsidentschaftswahlen frühestens 60 Tage vor dem Amtstermin einzuberufen sind, lies ab 10. Oktober 2003. Macht ein Bundesrichter Duhalde diesen Gefallen, dann scheidet er am 25. Mai aus, der Kongress ernannt einen anderen Interimspräsidenten und Duhalde selber kann sich überlegen, ob er dann doch kandidiert, entgegen bisherigen Schwüren. Bisher weisen die Umfragen über seine Beliebtheit in die entgegengesetzte Richtung, nachdem er alles falsch gemacht hat. Niemand hat in Argentinien die geringste Ahnung, wie dieser politische Knäuel entflochten werden kann, den Duhalde mit seinen falschen Entscheidungen herbeigeführt hat.

Randglossen

Ganz selten erfährt man Positives von der argentinischen Politik. Das Jahr 2002 stellte sich als korruptionslos vor. Keinerlei Skandale wurden in der Öffentlichkeit breit ausgetragen. Das Antikorruptionsamt, das Präsident de la Rúa eigens zur Bekämpfung der Korruption mit gewaltigem bürokratischen Aufwand geschaffen hat, beschränkte sich auf zahlreiche Ermittlungen, ohne einen Fall vor Gericht zu bringen. Präsident Duhalde ist stolz darauf, dass ihm keinerlei Korruptionsfälle seiner Staatsverwaltung unterlaufen sind. Das Antikorruptionsamt soll gelegentlich aufgelöst werden, weil es bereits ein anderes Amt mit ähnlichen Aufgaben gibt, das seit 1962 ermittelt und herzlich wenig geleistet hat. Die beste Methode, die Korruption zu bekämpfen, besteht schlicht darin, ehrliche Beamten zu ernennen, die sich nicht bestechen lassen und keine Schmiergelder von Privatpersonen oder Firmen fordern. Hoffentlich macht 2002 Schule.

Zur allgemeinen Überraschung erklärte Präsident Duhalde, er habe Zweifel über die Übernahme des argentinischen Energiekonzerns Pérez Companc durch das brasilianische Monopol Petrobras. Der Präsident verschwieg die Gründe seiner Zweifel. Das Geschäft ist nahezu perfekt und bedarf lediglich der Billigung durch das Amt für Konkurrenzüberwachung. Eine beherrschende Marktposition liegt im Erdölbereich nach der Fusion nicht vor. Möglicherweise nimmt Duhalde Anstoss an den Beteiligungen von Pérez Companc in anderen Energiebereichen, die auch an Petrobras übergehen. Auf jeden Fall ist für einen Punkt der Tagesordnung beim kommenden Treffen zwischen Duhalde und Lula da Silva gesorgt, wo die Zweifel Duhaldes sicherlich zur Sprache kommen werden.

Internwahlen ein Leiden für Duhalde

Gouverneure wollen als Unterstützung Kirchners nicht mitspielen

Es sind zwei grosse Probleme, die der Regierung zu schaffen machen. Einerseits besteht ein vitales Interesse, die Unterstützung der Gouverneure für die endgültige Suspendierung der Internwahlen zu erreichen und andererseits die Skeptiker davon zu überzeugen, dass Néstor Kirchner der beste Kandidat sei, um bei den PJ-Internwahlen gegen Carlos Menem ins Rennen zu gehen.

Duhalde liess am Mittwoch keinen Zweifel an seiner Präferenz, als er versicherte: „Kirchner ist sowohl Fahnenträger als auch Kämpfer. Es wäre daher nur logisch, wenn er der Kandidat des antimenemistischen Sektors wird.“ In diesem Zusammenhang war der Mittwoch einer eingehenden und tiefgehenden Prüfung gewidmet. Allerdings verlautet dazu, dass der Tag ausserdem mit Hindernissen gepflastert war.

Präsidentialgeneralsekretär José Pampuro, Innenminister Jorge Matzkin und Juan Carlos Mazzón telefonierte den ganzen Tag hindurch mit Gouverneuren und hochrangigen Parteifunktionären im ganzen Land. Absicht war zu erfahren, ob der für die Einberufung eines Parteikongresses am 17. Januar ausreichende Konsens vorliegt, der die definitive Suspendierung der PJ-Internwahlen beschliesst und die Kandidaten des Peronismus autorisiert, sich direkt an den Präsidentschaftswahlen am 27. April zu beteiligen.

Ungeachtet der Anstrengungen scheiterten alle Bemühungen, womit weder die Ungewissheit noch das Durcheinander im Justizialismus beseitigt werden konnte. Unmittelbar meldete sich der Gouverneur von



(Archivbild)

Santa Fe, Carlos Reutemann, zu Wort und forderte die unbedingte Durchführung von Internwahlen. Im gleichen Sinn äusserte sich auch der Mandatar von Entre Ríos, Jorge Busti.

Den Gouverneuren missfiel die Entscheidung Duhaldes, eine Vereinbarung über ein Listengesetz mit dem Menemismus zu übergehen. Dazu kommt, dass für viele von ihnen Kirchner kein gutes Image hat. Insgesamt bedeutet das, dass die Veranstaltung des Parteikongresses keine leichte Aufgabe sein wird und auch eine Erklärung gegen die Abhaltung der Internwahlen nicht einfach sein dürfte.

Der Präsident war am Mittwoch in der Residenz in Olivos auch Gastgeber für des bonaerenser Führungskaders. Es waren jene, die wie Díaz Bancalagui, „Cacho“ Alvarez, Hugo Curto und Osvaldo Mércuri weiterhin darauf bestehen, dass Duhalde der

beste Kandidat ist, um gegen Menem anzutreten. Allerdings war Duhalde bei dem Treffen ebenso beharrlich wie sie und erklärte, das Thema „Duhalde Präsident“ stünde nicht zur Debatte.

Vielmehr habe der Präsident, so verlautete aus dem Kreis der Teilnehmer an dieser Zusammenkunft, versichert, man müsse jetzt den Sektor „Erneuerung“ unterstützen, vorgestellt als neues Produktionsmodell, für das die Regierung eintritt. Dazu verlautete, dass einige Duhaldisten eine gewisse Zeit gebraucht hätten, um Kirchners Kandidatur zu verteidigen, aber bereits seine Kandidatur verteidigten. Der Regierung kann dies nur recht sein, steht sie doch damit wenigstens mit einem ihrer Anliegen näher an einer Verwirklichung.

Bundesrichter Marquevich in Nöten

Zwölf Anträge auf politischen Prozess / Amtsausübung unter der Lupe

Allem Anschein nach und nach dem alten deutschen Sprichwort „Der Krug geht solange zum Brunnen...“ wird sich im Februar der Richterrat einerseits mit der Amtsausübung des polemischen Bundesrichters von San Isidro, Roberto Marquevich, und andererseits mit dessen Umgang mit den Mitteln seines Gerichtes beschäftigen. Gegen Marquevich liegen insgesamt zwölf Anträge auf politischen Prozess vor, die letzten zwei wegen der Festnahme der Clarín-Direktorin Ernestina Herrera de Noble, die von zwei Anwälten, Mitgliedern des Richterrates und dem PJ-Abgeordneten Rodolfo Martínez Llano aus Corrientes eingereicht wurden.

Die Anträge der Anwälte und des Abgeordneten kommen jetzt zu den zehn Anträgen der letzten Jahre, denen allen im Wesentlichen der gleiche Vorwurf zu Grunde liegt: schlechte Amtsausübung. Dazu aber kommen Unregelmässigkeiten bei der Verwendung von Mitteln aus der Gerichtskasse.

Die beiden Anwälte und Mitglieder des Richterrates betreiben jetzt eine Neubelebung der auf Eis gelegten Anträge. Im November 2001 gelang dem Menemismus ein politisches Manöver, mit dem er erreichte, dass der Richterrat die erforderliche Stimmenzahl für ein Verfahren gegen Marquevich nicht zusammenbrachte. Allerdings reichen diese Machenschaften nicht aus, um die Anträge endgültig abzulehnen.

Die meisten Anträge stehen im Zusammeng mit dem durch Selbstmord ums Leben gekommenen Alfredo Yabrán. Im November 1998 etwa stellte der cavallistische Abgeordnete Guillermo Franco einen Antrag mit der Begründung, dass Marquevich Entscheidungen dik-

tiert habe, die im Gegensatz zu den geltenden Gesetzen stünden.

Franco warf dem Richter zudem vor, die Bundeskammer von San Martín belogen zu haben, als er versicherte, er hätte „keine persönliche Beziehung“ zu Alfredo Yabrán. Zum gleichen Zeitpunkt untersuchte ein anderer Richter die Angriffe auf den Staatsanwalt Pablo Lanusse im Zusammenhang mit der sogenannten „mafia del oro“ (Goldmafia), wobei es um Betrug mit Exportrückvergütungen im grossen Stil ging. Die Anwälte Yabráns lehnten den Richter ab, als die Untersuchung begann, sich mit dem Postunternehmer zu beschäftigen. Marquevich übernahm die Untersuchung und annullierte als erstes alle bereits bewiesenen Erkenntnisse in den Akten und schraubte damit die Untersuchung auf Null zurück. Am Ende entschied die Bundeskammer von San Martín, Marquevich von der Untersuchung zu entbinden.

So beziehen sich auch die anderen Anträge mit Ausnahme der sich auf die willkürliche Festnahme, soweit sie im Zusammenhang mit Yabrán stehen, auf der Annullierung oder Übergehens von Beweisen, Verschleppung und Vernebelung. Einer der beeindruckendsten Anträge beruht auf internen Untersuchungen der Bundeskammer, unter anderem wegen irregulärer Verwendung von Mitteln in Höhe von 315.000 Dollar, welche die Kammer dem Gericht von Marquevich für dessen Ausgaben überwies.

Allerdings zeigte Marquevich am Mittwoch, dass er mindestens einen harten Kopf hat, er eröffnete nämlich einen Prozess gegen die Clarín-Direktorin wegen Unregelmässigkeiten im Adoptionsverfahren.

Unaufhaltsamer Gewerkschafter

Barrionuevo fühlt sich bereits als Gouverneur von Catamarca

Ein offizielles Resultat der PJ-Internwahlen am Sonntag gab es Mitte der Woche in Catamarca noch nicht. Allerdings räumt der Erzrivale des Gewerkschafters und Senators Luis Barrionuevo, der Ex-Gouverneur Ramón Saadi ein, Barrionuevo habe gewonnen. Der Gewerkschafter wird als PJ-Gouverneurskandidat ins Rennen gehen. Barrionuevo, der bereits in der Provinzhauptstadt mit dem „Segen“ Saadis die Aura des Gouverneurs zur Schau trägt, kann sich zudem auf den Vorsitzenden der Wahljunta, Sergio García, berufen. Dieser hatte erklärt, die endgültigen Zahlen der Wahl würden erst nach der Stimmzählung bekannt sein, aber gleichzeitig versichert, „die Tendenz der Zählung spricht zugunsten von Barrionuevo“.

Hinsichtlich der Klagen des Saadismus über Wahlbetrug stellte Barrionuevo fest, „die Wahllisten sind von der Bundesjustiz er-

arbeitet und zehn Tage vor der Wahl geliefert worden“. Unmittelbar betont der Gewerkschafter, eben deshalb habe es überhaupt keine Möglichkeit für einen Betrug gegeben. Tatsache sei, versicherte Barrionuevo, „die Einigkeit des Peronismus in Catamarca“, und schloss völlig aus, dass Saadi sich als ausserparteilicher Kandidat für die Wahl des Gouverneurs nominiert.

Die am 2. März in Catamarca stattfindenden Wahlen sind die ersten in diesem Jahr, in denen Provinzamtsträger gewählt werden. Der Peronismus in Catamarca verlor 1991 die Regierung, als der seinerzeitige Präsident Carlos Menem Catamarca intervenierte und der Gouverneur Ramón Saadi aus dem Amt gedrängt wurde. Grund war der die Provinz erschütternde Skandal um den Mord an der 17-jährigen María Soledad Morales, in den eine Reihe von Söhnen des Provinzestablishments

verwickelt waren. Entsprechend den Gepflogenheiten wurde seinerzeit eine ganze Serie von Beweisen vertuscht.

In der Wahl am Sonntag brach die Liste „Recuperación Peronista“ (Peronistische Wiedererholung) die Formel Barrionuevo/Vera, sechs Provinzabgeordnete, einen ersten Nationalsenador (Raúl Jalil), einen ersten Nationalabgeordneten (Liliana Barrionuevo, Schwester von Luis) und die Bürgermeisterkandidaturen für die wichtigsten Städte der Provinz, eingeschlossen die Provinzhauptstadt (Hugo Argerich).

Allerdings ging die Liste der Saadis, „Unidad y Lealtad Justicialista“ (Justizialistische Einheit und Treue) auch nicht ganz leer aus. So erreichte sie den zweiten Nationalsenador (Alicia Saasi), den zweiten Nationalabgeordneten (Oscar Garbe) und vier Provinzabgeordnete, all das für die der Minderheit zustehende Quote.

WOCHENÜBERSICHT

Einer gegen alle

Gumersindo Paragón, Provinzabgeordneter in Tucumán, hat eine von 50 Goldmedaillen ausgesprochen, die von den Legislativbehörden verdienstvollen Parlamentariern zuerkannt werden sollen. „Auch wenn wir die Medaillen mit unseren Diäten bezahlen, ist die Angelegenheit angesichts der wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Situation in der Provinz nicht opportun“, sagte Paragón.

PS-Kandidatensuche

Nach dem Scheitern der Allianz mit Elisa Carriós ARI sucht der „Partido Socialista“ (PS, Sozialistische Partei) einen PS-Präsidentschaftskandidaten. Am heutigen Samstag soll hierzu ein Parteikongress entscheiden, wer für die Partei ins Wahlrennen geht. Es gibt zwei Optionen: Hermes Binner, Bürgermeister von Rosario, oder Alfredo Bravo, Abgeordneter und eine der Symbolfiguren der Partei.

UCR-Wahlskandal

Die Lösung des Skandals rund um die Internwahlen des Radikalismus mit den beiden Hauptakteuren Leopoldo Moreau und Rodolfo Terragno obliegt seit Dienstag der Justiz. Auslöser war eine Anzeige Leopoldo Moreaus, der sich energisch gegen die Entscheidung

der Wahljunta wehrt, in Formosa Neuwahlen zu veranstalten. Beobachter schätzen Terragno dort stärker ein.

„Kuhhandel“

Der PJ-Nationalabgeordnete und Ex-Gouverneur von Santa Fe, Jorge Obeid, hat am Montag erklärt, „die interne Situation des Justizialismus ist ein Kuhhandel“. Obeid fügte hinzu, er bejahe Internwahlen, auch wenn jemand gewinne, der ihm nicht gefalle.

ARI-Kritik

Ungeachtet dessen, dass im ARI eine interne Vereinbarung bestand, das Tauziehen um die PJ-Internwahlen nicht zu kommentieren, übte die Parteivorsitzende Elisa Carriós mit ihren Gefolgsleuten harsche Kritik. In einem Dokument äusserte die ARI-Fraktion ihre Besorgnis über die „Unverantwortlichkeit“ der PJ-Spitzen, welche „das Auffinden eines politischen Auswegs zur freien Meinungsäusserung der Bürger unmöglich mache“.

UNICEF-Spende

Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) will dem Not leidenden Argentinien 13 Millionen Medikamente spenden. Damit sollen vor allem vom Hunger bedrohte Kinder behandelt

werden. Dies geht aus einer am Dienstag von UNICEF-Argentinia veröffentlichten Pressemitteilung hervor. Die Verteilung der Medikamente obliegt dem Gesundheitsministerium.

Hilfe für Mütter

Die Frau des Präsidenten und Koordinatorin für sozialpolitische Massnahmen, „Chiche“ Duhalde, hat am Montag in Concordia (Entre Ríos) das Hilfsprogramm „Vida“ (Leben) gestartet. Der Plan bezieht sich auf schwangere Frauen und Mütter von Kindern bis zu fünf Jahre, die unterernährt sind.

UOM führungslos

Das Nationalsekretariat der „Unión Obrera Metalúrgica“ UOM (Metallarbeiterunion) hat beschlossen, den nach dem Tod Lorenzo Miguels verwaisten Stuhl des Generalsekretärs vorerst nicht zu besetzen. Der Nachfolger Miguels, der 30 Jahre die Geschicke der UOM lenkte, soll bei den nächsten Wahlen der UOM ermittelt werden. Der Zeitpunkt steht noch nicht fest.

Auch de la Sota...

Der Gouverneur von Córdoba, José Manuel de la Sota, macht wie verlautet, in Brasilien Ferien und beabsichtigt, nach seiner Rückkehr zu entscheiden, ob er seine Präsi-

Deutsche weiter vermisst

In Argentinien haben Helfer am Mittwoch die Suche nach den seit Wochen vermissten Touristen aus Deutschland fortgesetzt. Ein 37 Jahre alter Bergsteiger sei seit mehr als zwei Wochen in den Anden der Provinz San Juan spurlos verschwunden, meldeten die Medien am Mittwoch unter Berufung auf die Behörden. Einen für den 30. Dezember nach Chile gebuchten Flug habe er verfallen lassen. Der Mann, der den 6.770 Meter hohen Andengipfel Mercedario bezwingen wollte, galt als erfahrener Bergsteiger.

Etwa 1.000 Kilometer weiter südlich blieb die Suche nach der ebenfalls vermissten Deutschen Nikola Henkler weiter ergebnislos. Die 28-Jährige war am Sonntag vor Weihnachten zu einem kurzen Spaziergang aufgebrochen und nicht mehr in ihre Pension in Bariloche zurückgekehrt.

Das spurlose Verschwinden der als vernünftig und vorsichtig beschriebenen Frau in der als sicher geltenden Urlauberregion stellt Behörden und Angehörige vor ein Rätsel. Auch der seit über einer Woche in Bariloche weilende Bruder der 28-Jährigen, der eine Belohnung in Höhe von 5.000 Pesos für Hinweise ausgesetzt hatte, konnte bislang offenbar keine Anhaltspunkte über den Aufenthaltsort seiner Schwester finden. Entsprechend widersprüchlicher Zeugenaussagen wurde die Deutsche einmal in Buenos Aires, dann wieder in Formosa und sogar in Paraguay gesehen.

**KAUFEN VERSCH.
COMPRAS VARIAS**

IVES Compra adornos, cristalería, porcelanas, antigüedades, muebles, objetos varios, 4791-4287.

dentschaftsvorkandidatur aufrecht erhält. In seinem Amt wird der Gouverneur von dem Präsidenten der Provinzlegislative, Hernán Olivero, vertreten.

Anschläge weiter ungeklärt

Sowohl die UCR als auch der PJ haben erklärt, dass sie bei der Klärung der Anschläge auf ihre Parteizentralen am 23. Dezember der Justiz „helfend“ zur Seite stehen werden. Noch immer fehlt von den Attentätern jede Spur. Bei den Anschlägen war teils erheblicher Sachschaden in den Eingangsbereichen der Gebäude entstanden.

Mehr Sicherheit in Pinamar

Der Badeort Pinamar ist in diesem Sommer Schauplatz ausserordentlicher Sicherheitsmassnahmen.

men. Neben 314 Polizisten soll vor allem die Spezialeinheit „Entführung“ für die Sicherheit der Prominenten sorgen. Pinamar erwartet in dieser Saison drei Mal so viele Touristen wie im vergangenen Jahr.

Polizeigewerkschaft geplant

Eine neue Idee im Zusammenhang mit der „bonaerenser“, der Polizei der Provinz Buenos Aires, bewegt die Gemüter in der Provinzregierung. Es geht dabei um eine Errungenschaft, die beispielsweise in der Bundesrepublik ein alter Hut ist, nämlich die Polizeigewerkschaft. Die Idee beruht auf einem Vorschlag des Untersekretärs für Sicherheit der Provinz, Marcelo Saín, und liegt jetzt dem Sicherheitsminister Juan Pablo Cafiero zur Prüfung vor.

Enthemmte Fans bei Bianchi-Rückkehr

Trainingsauftakt bei Boca läutet zweite Amtszeit des Erfolgscoachs ein

Buenos Aires (AT) - Eine „Fiesta mexicana“ war es nicht, aber immerhin eine argentinische. Und was für eine. Über 1.000 Fans wohnten am Dienstag im Schatten der „Bombonera“ dem ersten Training der Boca Juniors im neuen Jahr bei, 200 weitere fanden keinen Einlass, wurden angesichts des Gedränges auf dem Trainingsgelände von den Ordnern gar bis zur Zufahrtsstraße zurückgedrängt. Doch selbst dort stimmten die Verschmähten noch Freudengesänge an - kurz, es war mächtig was los an diesem Hochsommertag im Stadtteil La Boca. Und ein wenig war alles wie früher.

Denn der Star des Tages war ein Rückkehrer. Carlos Bianchi hatte zwar bereits am 23. Dezember auf einer Pressekonferenz seine Unterschrift unter einen Dreijahres-Vertrag gesetzt und damit sein Comeback bei den Blau-Gelben nach einem Jahr Pause besiegelt. Doch mit dem Trainingsbeginn am Dienstag wurde der Erfolgscoach, der zwischenzeitlich als Nationaltrainer Mexikos sowie des FC Barcelona im Gespräch war, nun erstmals auch für die Fans im wahrsten Sinne des Wortes greifbar. Und die begrüßten den Glatzkopf dann auch auf riesigen Plakaten und Bettlaken mit Sprüchen wie „Von wegen Rückkehr - Du warst nie weg“.

Den Fans eingeheizt hatte kein geringerer als Boca-Präsident Mauricio Macri. Das Comeback Bianchis, der den glücklosen Uruguayer Oscar Washington Tabárez ablöst, sei ein „sehr schönes Weihnachtsgeschenk“, hatte der Boca-Boss bereits bei der Vertragsunterzeichnung frohlockt. Vergessen scheinen vorerst die Streitigkeiten zwischen den beiden Charakterköpfen, die vor gut einem Jahr zur Trennung führten. Der Präsident billigte seinem Wunsch-Trainer dann auch nach zähen Verhandlungen 1,1 Millionen Dollar Jahresgehalt und holte aus Mexiko Bianchis einstigen Kapitän Diego Cagna zurück.

Bianchi, als Spieler einst einer der treffsichersten Stürmer in der argentinischen und auch der französischen Liga, war bereits von 1998 bis 2001 Boca-Trainer. Damals führte der Coach Boca zu sechs Titeln.

Doch trotz aller Lobgesänge ist sich der 53-Jährige der Schwere seiner neuen Mission bewusst, nicht nur, weil die damaligen Teamstützen Riquelme, Palermo, Bermúdez und Córdoba mittlerweile alleamt in Europa spielen. Die Erfolge der ersten Amtszeit „helfen uns nicht weiter“, mahnte Bianchi am Dienstag. Wichtig sei es, „einen weiteren Titel zu gewinnen“. Doch wenn die Mannschaft „begreift, was ich ihr heute gesagt habe, dann werden wir bei allen Turnieren die Protagonisten sein“.

AUSFLÜGE UND REISEN

Nah und doch kaum bekannt: Martín García



Martín García von oben: der Leuchtturm in Bildmitte.

Viel zu nahe gelegen und vielleicht gerade deshalb gar zu selten besucht, wenn überhaupt: Martín García, im oberen Mündungstrichter des Paraná und des Uruguay. Von Buenos Aires Stadtmitte sind es genau 50 Kilometer Luftlinie bis zur subtropischen Felseninsel (genau so weit wie nach Pilar); und vom Flusshafen Tigre nur knapp 40 Kilometer - also ein Katzenprung und damit ein ideales Reiseziel.

Doch ein Tagesausflug könnte zu kurz sein, man sollte schon ein, zwei Nächte dort übernachten. Ein Ganztagsprogramm mit Führung vor Ort, Asado plus Schiffsbillett kostet 45 Pesos.

Abfahrt vom Terminal Internacional Tigre dienstags, donnerstags, samstags, sonntags und feiertags jeweils um 9 Uhr (Einchecken 8.30 Uhr). Rückkehr gegen 20.30 Uhr. Daneben gibt es das empfehlenswertere 2 Tage/1 Nacht-Programm für 99 Pesos an Samstagen sowie Sonn- und Feiertagen, gleichfalls ab 9 Uhr Tigre.

Auf dem etwa 2,2 Quadratkilometer grossen Eiland, das langsam, aber stetig mit dem angeschwemmten uruguayischen Territorium Timoteo Domínguez zu einer Doppelinsel zusammen wächst, gibt es viel Historisches. So die alten Bronze-Kanonen am Hafen; der Steinbruch, wo die Granitblöcke (anstatt Lehmziegel) für die ersten massiven Gebäude wie die Jesuitenkirche San Ignacio in Buenos Aires gebrochen wurden; das alte Lichtspieltheater in purem Jugendstil; sogar ein chinesisches Viertel; die Ruinen der ehemaligen Haftanstalt mit den immer noch vergitterten Fenstern; der Leuchtturm; der Friedhof; das Krematorium und der kleine Flughafen.

Manche Besucher nehmen sich sogar ihr eigenes Fahrrad mit - oder mieten eines vor Ort -, um das Areal abfahren zu können. Der Dichter Rubén Darío lebte hier (sein Wohnhaus existiert noch), mehrere argentinische Präsidenten waren auf der Insel verbannt, Einwanderer mussten früher hier die Quarantäne durchlaufen, und auch ein Teil der Graf-Spee-Besatzung war zeitweise interniert.

Bequeme Unterkunftsmöglichkeiten bietet die Hostería Martín García, und es gibt ein gutes Restaurant (Fragata Hércules) sowie mehrere Imbissbuden. Wertvoller Tipp: Moskitoschutzmittel mitnehmen!

Man fährt entweder auf eigene Faust oder kauft ein Paket bei der Flussreederei Cacciola mit Büros in der Florida 520 fast Ecke Lavalle, Tel.: 4393-6100 bzw. per E-Mail über cacciolacentro@sinectis.com.ar, Info auf der Webseite www.cacciolaviajes.com

Marlú



CD Rom / Touch-Screen
Web / Video Digital
3D / Animaciones

(5411)4703-5509

www.multimedia.com.ar

Ein „Wolf“ namens Quatrocchi

Buenos Aires (AT) - Fußball-Bundesligist VfL Wolfsburg hat den Argentinier Pablo Quatrocchi verpflichtet. Der 28-jährige Abwehrspieler von Estudiantes LP hat einen Vertrag bis zum 30. Juni 2005 unterschrieben. Der VfL hat eine Option auf eine Verlängerung um ein weiteres Jahr. Über die Transfersumme wurde Stillschweigen vereinbart, sie soll sich um 800.000 Dollar bewegen. Quatrocchi ist von sofort an spielberechtigt.

Quatrocchi, der im Gespräch mit dem AT erklärte, bereits „heißes Wasser für Mate“ auf Deutsch bestellen zu können, stand bereits seit einem halben Jahr mit den Wolfsburgern in Kontakt. Damals absolvierte Estudiantes vor Saisonbeginn einige Freundschaftsspiele in Deutschland, unter anderem gegen den VfL. Laut Quatrocchi habe ihn Wolfsburg schon damals verpflichten wollen, was jedoch am „Nein“ der Verainsspitze von Estudiantes gescheitert sei.

Dass in Wolfsburg mit dem ehemaligen Lanús-Stürmer Diego Klimowicz bereits ein Argentinier im Team steht, sieht Quatrocchi positiv. „Das wird uns das Einleben sehr erleichtern - zumindest hoffen meine Frau Paula und ich das“, so der Verteidiger.

„Wunderbar“ empfindet es der 28-Jährige, der mit 22 Toren in 211 Ligaspielen einer der erfolgreichsten Abwehrspieler in der Vereinsgeschichte von Estudiantes ist, zudem, dass er mit Stefan Effenberg künftig einen „Weltstar“ als Mannschaftskollegen haben wird. „Das motiviert mich.“

Ein bißchen wie in Rio

Erfolgreicher Startschuss für den „Carnaval del país“ in Gualeguaychú

Buenos Aires (AT) - Samba- und Cumbiamusik, knappbekleidete und mit Federboas geschmückte Tänzerinnen sowie gutgebaute Trommler, die auf turmhohen Karossen den Rhythmus vorgeben - seit vergangenen Samstag tanzt in Gualeguaychú nicht nur der Bär: Der „Carneval del país“, wie sich die Erfolgsveranstaltung seit vielen Jahren - zu recht - nennt, ist wieder in vollem Gange - noch bis Anfang März.

Ein bißchen wie in Rio de Janeiro ist die Atmosphäre in dem 500 m langen Korsodrom entlang des ehemaligen Bahnhofes der Stadt, das bis zu 35.000 Besuchern Platz bietet. Samstag für Samstag verzaubern dort drei Sambahschulen aus Gualeguaychú mit insgesamt 800 Teilnehmern binnen drei Stunden die Zuschauer mit ebenso ausgefallenen wie originellen Kostümen und Tanzchoreografien - und treten ganz nebenbei untereinander in den Wettstreit um den Titel der „besten“ Sambahschule, den sich im Vorjahr schon zum 13. Mal „Mari-Mari“ vom Club Central Entrerriano sicherte. Grund genug für die Komparse, das Motto des Vorjahres „Bio“ - nicht zuletzt auch aus Kostengründen - erneut zu präsentieren. Mit dabei in diesem Jahr „Papelito“ vom Club Juventud Unida (Motto: „De las sombras a la luz“) und „Kamarri“ vom Centro Social y Cultural Sirio Libanés (Motto: „Las mil y una noches“).

Der in den 50ern erstmals durchgeführte Karneval hat sich mittlerweile auch zum Exportschlager entpuppt. So besuchten im Vorjahr angesichts der Abwertung mehrere tausend ausländische Touristen Gualeguaychú. In diesem Jahr erwarten die Veranstalter mit rund 200.000 Gästen einen neuen Besucherrekord - er wird dem kleinen Städtchen in der Provinz Entre Ríos einen Geldsegen in Millionenhöhe bescheren.

„Wir rechnen mit mehr Zuschauern als im Vorjahr“, sagte Produktionschef Adolfo Scheines bei der Präsentation in Buenos Aires. Und der Auftakt scheint ihm recht zu geben. Mit 31.000 Zuschauern zum Startschuss am vergangenen Samstag hatte der Karneval einen blendenden Start. Grund sei, so vermutet Scheines, dass viele Argentinier angesichts der Krise nicht ins Ausland reisten, sondern den Urlaub im Land verbrachten.

Angesichts von Eintrittspreisen bereits ab 12 Pesos sind schon jetzt viele Hotels in und um Gualeguaychú ausgebucht, Platz gibt es jedoch weiterhin in den zahlreichen Pensionen der Stadt.

Zudem bieten viele Familien in der Karnevalszeit „Bed & Breakfast“ an. Die Landlords erwarten ihre Gäste dann meist auch schon am Stadteingang mit offenen Armen.

Jörg Wolfrum

Berlin lernt fliegen

Das argentinische Tanz-Theater „De la Guarda“ erobert Deutschland

„Sie sind mitten unter uns...“, ertönt eine geheimnisvolle Stimme aus dem Radio. Nein, es sind nicht Außerirdische, die in Berlin gelandet sind, sondern das „De la Guarda“-Ensemble aus Argentinien mit seiner Show „Villa Villa“. Nach dem großen Erfolg in New York - in vier Jahren über eine Million Zuschauer - startete „De la Guarda“ im vergangenen August in Europa durch. In Amsterdam und London war ein Großteil der Shows Wochen vorher ausverkauft. Auch in Berlin war es bereits vor der Premiere Mitte Dezember schwierig, kurzfristig noch Karten für „die Show, die vom Himmel fällt“ zu bekommen. Nach Berlin soll der Rest des Landes erobert werden, bis Ende 2004 sind Aufführungen in Köln, Hamburg, Frankfurt und München geplant.

Sprachliche Barrieren stehen dem Eroberungsfeldzug zumindest nicht entgegen, denn „die Erfahrung ist eine körperliche, die aus den gemeinsamen Gefühlen des Publikums entsteht, nicht aus dem Verstand“, so der Schöpfer des Spektakels, Pichon Baldinu. In einer Serie von Einzelsequenzen werden Grundthemen des Lebens wie Liebe, Eifersucht, Freiheitsdrang und Kampfeswille szenisch und musikalisch umgesetzt. Die Mischung aus Akrobatik, Musik, Projektionen und interaktivem Spiel spricht daher das Publikum in Berlin genauso an wie das in Buenos Aires oder New York. So ist es auch nur konsequent, dass die Zusammensetzung des Ensembles ebenfalls international ist: Derzeit kommen die 15 Performer der Show aus Argentinien, Puerto Rico, Großbritannien, Neuseeland, Italien und den Niederlanden.

Bevor die multikulturelle Truppe in Berlin an den Start gehen konnte, musste aber erst einmal ein geeigneter Standort gefunden werden. Tatsächlich war nur eine Halle in Berlin groß genug für die technisch aufwendige Show: das Industriedenkmal PankowPark im Norden der Stadt, mit einer Fläche von über 300.000 qm. Ein Teil des neu sanierten Areals wurde speziell als Standort für Show, Eventgastronomie und After-Show-Dance-Parties von „De la Guarda“ gestaltet. Wo zu DDR-Zeiten noch Kraftwerksanlagen hergestellt wurden, kommt nun ein überwiegend junges Publikum zusammen, um mit dem „De la Guarda“-Team emotional - und zum Teil auch physisch - abzuheben.

Neben den regulären Shows gibt es am Wochenende zusätzlich Late-Night-Versionen mit After-Show-Parties. Mittwochs und donnerstags können sich die gestressten Berliner bereits ab 17 Uhr beim „Afterwork Chillout“ zwei Stunden lang erholen, ehe die eigentliche Show den Adrenalinspiegel in neue Höhen treibt. Dieses Konzept ist an dem in Berlin seit einigen Jahren beliebten „Afterwork-Clubbing“ orientiert, bei dem einige Clubs auch unter Woche ihre Türen öffnen. Schon ab 18 Uhr kann man sich dort den Arbeitsstress von der Seele tanzen, und kommt so trotzdem noch früh genug ins Bett, um am nächsten Tag wieder fit zu sein.

Außerst fit müssen auch die Bewerber sein, die derzeit in Berlin den Auswahlprozess für das Team von „De la Guarda“ durchlaufen. Egal ob Artist, Freeclimber, Tänzer oder Musiker: „Charismatisch, energiereich und athletisch“ sowie nicht älter als 30 sollen sie sein, denn sonst könnten sie wohl kaum acht kräftezehrende Shows pro Woche bestreiten. Trotz der großen körperlichen Anstrengung bleiben die Performer bis zu zwei Jahre im Team von „De la Guarda“. Da ein Ende der erfolgreichen Tournee aber noch nicht abzusehen ist, sind die Macher weiterhin auf der Suche nach neuen Talenten. Nun haben auch in Deutschland Bewerber die Chance, ihrem ganz persönlichen Traum vom Fliegen ein Stück näher zu kommen.

Stefanie Huber

Zusammenbruch des Kfz-Absatzes

Nach Angaben des Kfz-Industrieverbandes Adefa muss man auf die Zeiten vor 1960 zurückgreifen, um so niedrige Verkaufszahlen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen zu finden, wie sie im Vorjahr erzielt wurden. Es sind mit Abstand die niedrigsten, seit in Argentinien eine moderne Kfz-Industrie aufgebaut wurde. Nur in den Zeiten, in denen der Fiat 600, der Renault Dauphine, der IKA-Jeep und die Estanciera den Markt beherrschten, war der Absatz von Neuwagen so gering.

Insgesamt konnten von einer Produktion von 159.401 Fahrzeugen im Inland nur 46.294 abgesetzt werden. Der Gesamtverkauf fabrikneuer Wagen, einschliesslich der im Kompensationsverfahren mit Brasilien eingeführten, betrug 82.345.

Der Vergleich mit dem Vorjahr 2001 ergibt einen Zusammenbruch um 32,3% bei der heimischen Fertigung und um 53,4% bei den Absatzzahlen an Endverbraucher. Die Verkaufszahlen von Gebrauchtwagen gingen im gleichen Zeitraum um geschätzte 20% zurück, die Ausfuhren um 20,7%.

Die von Adefa veröffentlichten Zahlen für Dezember ergeben im Vormonatsvergleich ein Minus von 25,9%, im Vorjahresvergleich jedoch eine Zunahme von 53,1%. Die Ausfuhren gingen im Vormonatsvergleich um 17,2% zurück und legten im Vorjahresvergleich um 39,5% zu. Die Lieferungen an die Fabrikkonzessionäre gingen im Vormonatsvergleich um 1,8% zurück, im Vorjahresvergleich um 20,4%.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitag nachmittags \$ 3,39. Die Terminkurse betrugen zum 31.1. \$ 3,40, 28.2. \$ 3,49, 31.3. \$ 3,54, 30.4. \$ 3,65 und 30.5. \$ 3,80.

Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 13,6% auf 491,09, der Burcapindex um 5,0% auf 1.655,12 und **der Börsenindex um 10,4% auf 28.085,11.**

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) fiel in der Berichtswoche um 1,2% auf \$ 1,9573.

Die Gold-, Devisen- und Anlagereserven der ZB betrugen am 31.03 US\$ 10,50 Mrd., der Banknotenlauf \$ 18,91 Mrd. Eine Woche zuvor waren es US\$ 10,47 Mrd. bzw. \$ 18,70 Mrd., einen Monat zuvor US\$ 10,11 Mrd. bzw. \$ 16,49 Mrd. und ein Jahr zuvor \$ 14,69 Mrd. bzw. \$ 10,97 Mrd.

Um künftig Aussenhandelschäfte tätigen zu können, wird es nicht mehr genügen, die im Dekret zur allgemeinen Wirtschaftsregulierung Nr. 2.284 von 1991 angeführten Anforderungen, beim Steueramt eingetragen zu sein und eine CUIT-Nummer zu haben, zu erfüllen. Ausserdem muss wirtschaftliche Solvenz bewiesen und eine Garantie zu Gunsten des Zollamtes geboten werden, wie das zu Jahresende im Amtsblatt veröffentlichte Notstandsdekret Nr. 2.690 bestimmt. Die Höhe der Garantieleistung soll in den Reglementierungen festgelegt werden. Ein weitere Bedingung um als Importeur oder Exporteur eingetragen zu werden sei, dass keine Vorstrafe wegen Zoll-, Steuer- oder Sozialbeitragsvergehen bestehe.

Ein Gericht hatte die Aufhebung

des Gerichtsfeiertages zwecks Beschlagnahme von 15 Diesellokomotiven des Eisenbahnunternehmens Metropolitan angeordnet. Die Massnahme hätte eine 20%ige Verkehrsverringerung der Roca, San Martín und Belgrano Sur Strecken mit sich gebracht. Die Streitfrage ist ein ursprünglich während der Konvertibilität in Dollar vereinbarter Leasingvertrag. Ormas, der vorherige Konzessionär, hatte 15 General Electric Lokomotiven von Mitsui in Leasing übernommen und sich verpflichtet, durch 7 Jahre US\$ 600.000 im Monat zu bezahlen. Bis Ende 01 wurden US\$ 30 Mio. bezahlt, weitere US\$ 15 Mio. sind noch offen. Das Notstandsgesetz und das Dekret Nr. 214/02 ordneten die Pesifizierung der Verträge an. Metropolitan wollte deshalb die selben Beträge, aber in Pesos, weiter bezahlen, und Mitsui klagte. Das erstinstanzliche Urteil gestattete den weiteren Betrieb der Lokomotiven.

Die Steuereinnahmen der Provinz Córdoba lagen im Dezember mit \$ 74,2 Mio. um 96,8% über jenen des gleichen Vorjahresmonates. Im ganzen Jahr wurden \$ 782,6 Mio. eingenommen, um 6,3% mehr als im Vorjahr. Die Erhöhung wird auf den Einfluss der Teuerung auf die Bruttoeinnahmen (Umsatz)-Steuern und verbesserte Eintreibung zurückgeführt.

Im Vorjahr nahmen die Internetschlüsse um 5,9% und die entsprechenden Umsätze um 10,2% zu. Wie Prince & Cooke weiter mitteilte, sind bereits 12,2% (1,43 Mio.) aller Heime an das Internet angeschlossen und die Zahl der Surfer hat um 12,3% auf 4,1 Mio. zugenommen.

Die Überwachungsbehörde des Versicherungswesens hat den Min-

Feste Kraftstoffpreise bis März

Die Unternehmen, die Erdöl fördern, raffinieren und vertreiben haben mit der Regierung vereinbart, die Preise der Kraftstoffe während des Sommers, ungeachtet internationaler Preisschwankungen, stabil zu halten. Das Abkommen soll jeden Monat revidiert werden.

Dabei werden die letzten Preiserhöhungen gutgeheissen. Die Erdölproduzenten verpflichten sich jedoch, das Rohöl heimischen Raffinerien, unbeschadet internationaler Preisschwankungen, zu US\$ 28,5 pro Barrel zu liefern. Der Preisunterschied mit den internationalen Preisen wird gutgeschrieben und belastet, wenn diese Preise unter den vereinbarten Betrag fallen.

Das Abkommen setzt voraus, dass der Barrelpreis für WTI-Öl US\$ 35 nicht übersteigt, noch unter US\$ 22 fällt und dass der Dollar nicht mehr als \$ 3,65 kostet, widrigenfalls neue Verhandlungen erforderlich wären. Die Regierung verpflichtet sich, die Kraftstoffsteuer (ITC) und die Ausfuhrsteuern (Einbehaltungen) nicht zu ändern.

Dessen ungeachtet ist die Regierungsvorlage über die Umwandlung der ITC-Steuer (Impuesto a la Transferencia de Combustibles) von einem festen Betrag in einen Prozentsatz des Endpreises umzuwandeln, um derart an Preiserhöhungen beteiligt zu sein, vom Parlament nicht bearbeitet worden. Die Unternehmen beanstanden nun, dass sie daraus entstehende Preiserhöhungen auf den Endverbraucher abwälzen müssten. Auf keinen Fall würde es Preisverringerungen geben. Esso hat die Benzin- und Dieselölpreise um 3,6% bis 8% angehoben, Shell um 3,4% bis 4,3% und Repsol YPF um 3% bis 5,2%.

destbetrag der Lebens-Pflichtversicherungen, einschliesslich Selbstmord, für Arbeitnehmer im Abhängigkeitsverhältnis auf \$ 5.400 erhöht. Diese Versicherung ist für Arbeitgeber Pflicht, unabhängig von Entschädigungen und Versicherungen die von Sozialbehörden oder durch Arbeitsverträge festgelegt werden. Bei Arbeitnehmern, die in mehreren Firmen tätig sind, geht die Versicherung zu Lasten jener, in der der Arbeitnehmer die längste Arbeitszeit verbringt. Die Versicherungsprämie, die auf die gesamte Lohnsumme bezahlt wird, wurde auf \$ 0,24 pro \$ 1.000 Entlohnung festgelegt. Für jede Police müssen Unternehmen mit weniger als 25 Versicherten \$ 9 bezahlen, mit bis zu 50 Arbeitnehmern \$ 14 und darüber hinaus \$ 19.

Im Dezember gingen nach Angaben der Beraterfirma Tendencias Económicas 2.290 eingetragene Arbeitsplätze verloren. Das war der geringste Stellenverlust seit Mai 01. Auch die Arbeitskonflikte gingen merklich zurück. Im ganzen Jahr betrug die Stellenstreichung 490.500 eingetragene Arbeitsplätze, um 487% mehr als im Vorjahr. Auch die vorübergehenden Arbeitsaufhebungen (Suspendierungen) waren nur im Februar geringer als im Dezember.

Die 14 Filialen der ehemaligen Velox Bank werden am 27. Februar unter der Verwaltung der nuevo Banco de Azul die Tätigkeit aufnehmen. Von den 580 Mitarbeitern behalten 213 ihre Arbeitsplätze.

Während ein endgültiges Urteil des Obersten Gerichtshofes über die Pesifizierung bzw. Rückdollarisierung von Bankeinlagen erwartet wird, hat ein Berufungsgericht in

einem weiteren Fall die Pesifizierung nach Dekret 214/02 als verfassungswidrig erklärt. Dem Urteil zufolge sei der in einem Sparkassenkonto einer über 75jährigen deponierte Dollarbetrag sofort auszuzahlen.

Die Weinkellerei Valentín Bianchi kauft ein 15%iges, eigenes Aktienpaket von der britischen Diageo zurück. Diageo hatte die Minderheitsbeteiligung durch den weltweiten Kauf der kanadischen Seagram's erworben. Damit wird Bianchi eine der wenigen Weinkellereien rein argentinischen Kapitals.

Die Provinz Jujuy hat die Firma Hidrocuyo mit einem direkten Vertrag verpflichtet, das Wasserkraftwerk Las Maderas-La Ciénaga durch 2 Jahre zu betreiben. Der Vertrag, der Hidrocuyo verpflichtet, Betrieb, Instandhaltung, Stromerzeugung und dessen Verkauf durchzuführen, kann auf 2 weitere Jahre verlängert werden. Hidrocuyo betreibt derzeit 5 Wasserkraftwerke in der Provinz Mendoza.

Mit Ausnahme der Fusion der Quilmes und AmBev-Brauereien und der Übernahme von PeCom Energy durch Petrobras, herrschte auf dem argentinischen Fusions- und Akquisitionsmarkt im Jahr 2002 Ebbe. Es wurden 50 Abschlüsse getätigt, um 70% weniger als im Vorjahr. Durch die beiden genannten Grossgeschäfte für US\$ 3 Mrd. lagen die gehandelten Beträge nur um 34% unter den US\$ 4,59 Mrd. des Vorjahres.

Durch Beschluss 62/02 des Sekretariates für Industrie, Handel und Bergbau (Amtsblatt vom 30.12.02) wurde verfügt, dass bestimmte Par-

Imports substitution im 1. Halbjahr 02 für \$ 7 Mrd.

Verschiedene Industrien haben durch die rd. 70%ige Abwertung des Peso seit der Aufgabe der Konvertibilität Gelegenheit gehabt, erfolgreich mit Importwaren zu konkurrieren. Wie das Industriesekretariat in einem Bericht bekanntgab, konnte dadurch im 1. Halbjahr 02 40% der Einfuhren von Industriegütern im Gesamtwert von \$ 7 Mrd. durch Erzeugnisse der heimischen Industrie ersetzt werden.

Besonders in Bereichen, in denen eine etablierte Industrie auf internationalen technischen Stand vorhanden ist, sei die Verdrängung von Importwaren beachtlich. Einem weiteren Sekretariatsbericht zufolge, sei 54% der argentinischen Grossindustrie auf heimische Zwischenprodukte übergegangen, wo früher vorwiegend importiert wurde. 78% der befragten Unternehmen hätten erklärt, dass sie durch den Übergang auf argentinische Erzeugnisse keine Leistungseinbusse erfahren hätten.

Importersatz im 1. Halbjahr 02 in % nach Branchen

Nahrungsmittel und Getränke	68,3
Elektrische Haushaltsgeräte	65,5
Baumaterial	60,5
Textilien und Schuhwerk	52,9
Elektromaterial	42,7
Zellulose und Papier	41,1
Kfz und Zulieferteile	41,0
Industriemaschinen	34,7
Chemikalien	31,1
Roh- und Hilfsstoffe	17,5
Insgesamt	39,9

tion von Bettüchern aus Paraguay der Firmen American Trading 2000, ABC Textil und Balbis Dupont Daniel Ramón, nicht aus Paraguay stammen und somit nicht unter die Mercosur-Bestimmungen fallen, was in diesem Fall Nullzoll bedeutet. Die Ermittlung über den Fall ergab, dass die paraguayischen Behörden die lokale Fabrikation nicht bestätigen konnten, dass bei diesem Import Handtücher, die in jenem Land erzeugt wurden, mit den Bettüchern vermenget wurden, und dass auf den Importdokumenten Angaben gefälscht wurden. Obwohl es sich hier deutlich um ein Schmuggelmannöver handelt, für das besondere Strafen vorgesehen sind, die bis zum Gefängnis für die Schmuggler reichen, weist der Beschluss, der von Staatssekretär Dante Sica unterzeichnet ist, nur darauf hin, dass diese Ware nicht die Mercosur-Behandlung erhält. Es lohnt sich also, derartige Schmuggelmannöver zu versuchen.

Die Provinz La Rioja hat in den letzten 10 Jahren ihre Landwirtschaftsproduktion verdreifacht und seine Viehbestände um 40% vergrössert. Die Angaben wurden den vorläufigen Zahlen des Provinzzensus entnommen.

Die Telekommunikationsfirma Techtel hat von ihren Anteilseignern, Techint (40%) und América Móviles, Eigentum der mexikanischen Telmexgruppe (60%), einen Kapitalbeitrag von US\$ 10 Mio. erhalten. Bereits im Februar hatten die beiden Gruppen US\$ 25 Mio. eingeschossen, um durch die Abwertung entstandene Probleme zu überbrücken. Techtel will mit dem Kapitalzuschuss sein bereits

4.000 km langes Lichtwellenleiternetz für Ferngespräche, Datenübertragungen und Internet, erweitern. Im Vorjahr hat Techtel US\$ 25 Mio. umgesetzt.

2002 sind hier tätige Unternehmen Auslandsfälligkeiten aus Obligationen für über US\$ 1,6 Mrd. schuldig geblieben. Wie die Capitalstiftung (FC) mitteilt, bestehe nach dem Zusammenbruch des Bankensystems kein Vertrauen im Ausland, das Unternehmen Kredite oder Umschuldungen ihrer Verpflichtungen ermöglichen könnte. Von allen fälligen Obligationen wurden im 1. Halbjahr 24% nicht honoriert, im zweiten 10,9%. Die Säumigkeit der Privatwirtschaft beträgt damit 18,6%. Von der Gesamtschuld von US\$ 3,84 Mrd. waren US\$ 1,61 umgeschuldete Obligationen, US\$ 930 Mio. Umschuldungen und nur US\$ 1,3 Mrd. neu ausgebenen Obligationen. 2003 werden US\$ 4,9 Mrd. fällig.

Im Dezember wurden dem Finanzsystem durch Schutzreurse 900 Mio. für 14.000 Bankkunden entzogen. ZB-Schätzungen für das ganze Jahr ergeben \$ 10,2 Mrd. für 131.500 Kontoinhaber, mit Durchschnittseinlagen von US\$ 18.000. 60% der Schutzreurse betrafen Einlagen bei ausländischen Banken, 28% bei offiziellen Banken und 12% bei Banken argentinischen Privatkapitals.

Durch Beschluss 1410 der AFIP (Amtsblatt vom 7.01.03) wurden die Abzüge bei der persönlichen Einkommenssteuer erhöht. Der Sonderabzug für Arbeitseinkommen im Abhängigkeitsverhältnis wurde von \$ 13.500 im Jahr 2002 auf \$ 18.000 für

Bank der Provinz Buenos Aires unter Beschuss

Die parlamentarische Kommission der Provinz Buenos Aires, die Unregelmässigkeiten bei der Kreditgewährung der Provinzbank (BAPRO) untersucht, hat unterschiedliche Berichte vorgelegt. Die acht Mitglieder der Kommission konnten sich nicht einigen. Es handelt sich um 42.000 Kredite, die in der Periode 1991 bis 1999 für \$ 2,4 Mrd. gewährt wurden. Die Verantwortung für Kredite, die wider den Normen der Bank vergeben oder nicht kontrolliert wurden, entfällt zunächst auf die Bankpräsidenten Rodolfo Frigeri, dann Carlos Sánchez y schliesslich Ricardo Gutiérrez, aber in zweiter Instanz auch auf die Wirtschaftsminister der Provinz, Jorge Remes Lenicov und Jorge Sarghini, und schliesslich auch auf die Gouverneure Eduardo Duhalde und Carlos Ruckauf. Alle wichtige Persönlichkeiten. Die Schlussfolgerungen der Untersuchung sollen gelegentlich dem zuständigen Richter zugeteilt werden.

Die Unregelmässigkeiten, um die es geht, sind folgende:

- Kredite, die ohne die notwendigen Garantien gewährt wurden.
- 23 Unternehmen erhielten Kredite von über \$ 20 Mio, was das Statut der Bank ausdrücklich verbietet. Es handelt sich u.a. um Gualtieri (\$ 105 Mio.), Tren de la Costa (\$ 55 Mio.), Showcenter (\$ 113 Mio.) und Gatic. Das Bauunternehmen von Victorio Gualtieri erhielt sehr viele Aufträge für öffentliche Bauten als Duhalde Gouverneur war, was ohnehin suspekt ist. In diesen u.a. Fällen hat die Bank Kredite gewährt, die für die Unternehmen gemäss traditionellen Banknormen viel zu gross waren, wobei auch keine Studien über die Projekte, die finanziert wurden, durchgeführt wurden. Dass die BAPRO die Eisenbahn der Soldati-Gruppe von Olivos ausgehend und dann entlang der Küste bis Tigre mit über \$ 70 Mio. (damals gleich US\$ 70 Mio) finanzierte, lässt sich schwer verantworten, da das ganze Projekt von vorne herein zum Scheitern verurteilt war. Dass die Bank ein Vergütungs-zentrum finanziert, ist ebenfalls fragwürdig.

- Viele Filialen der Bank wurden während 11 Jahren überhaupt nicht kontrolliert.

- In der Bilanz des Jahres 1998 ist ein Verlust von \$ 300 Mio. nicht angegeben worden.

- Der ehemalige Senator und Gouverneur der Provinz Corrientes, José Antonio („Pocho“) Romero Feris, erhielt einen Kredit für \$ 2 Mio. zum Kauf eines Landgutes in Curuzú Cuatiá, Provinz Corrientes. Der ehemalige Senator und gegenwärtige Gouverneur von Tucumán, Julio Miranda, erhielt einen Kredit für \$ 300.000, drei Tage bevor er zum Gouverneur gewählt wurde.

- 1996 wurde ein Kreditssystem eingeführt, das als „direkte Linie“ benannt wurde, bei dem Kredite ohne die Bearbeitung durch die Fachbeamten gewährt wurden. Bei den meisten dieser Kredite wurde überhaupt keine Amortisationsquote bezahlt.

- Das Vorgehen der BAPRO verstösst nicht nur gegen das eigene Statut, sondern auch gegen ZB-Normen.

- Die BAPRO hat ein Gebäude in der Stadt Buenos Aires (Reconquista Ecke Bartolomé Mitre), sowie 31,5% des Aktienpaketes der Firma „Emprendimiento Recoleta S.A.“ von der Mercobank für US\$ 15,5 Mio. gekauft, die jedoch nicht Besitzerin der verkauften Objekte war.

Die Passiven, die die Bank nicht kassieren konnte, wurden an den provinziellen Staat übertragen. Es handelt sich um einen nominellen Betrag von \$ 1,1 Mrd., gegen die die Provinz der Bank Staatstitel übergeben hat. Andererseits hat die Provinz der Bank ein Portefeuille von säumigen Steuerzahlern für \$ 2,4 Mrd. übergeben. In der Tat haben sich weder die Provinzregierung, noch die Bank um das Inkasso dieser Schulden gekümmert. Es ist schwer verständlich, weshalb die Bank der Provinz das Inkasso bestimmter Schulden übertragen hat, nachdem die Provinzverwaltung ohnehin nicht in der Lage ist, Schulden ihrer Steuerzahler zu kassieren. Auch das umgekehrte Geschäft erscheint wenig sinnvoll. Im Wesen handelt es sich um Tricks der kreativen Buchhaltung, um die Pleite der Bank zu vertuschen.

Die prinzipielle Kritik an den staatlichen Banken hat sich erneut bewahrt: dass sie nämlich in den Dienst der Politik gestellt werden und schliesslich niemand die Verantwortung für das Vermögen trägt. Die BAPRO war schon 1991, als Rodolfo Frigeri als Präsident antrat, völlig pleite, so dass sogar der Gedanken aufgekomen war, sie für einen symbolischen Dollar zu privatisieren. Frigeri konnte dann, im Zuge der Stabilisierungspolitik mit wirtschaftlichen Aufschwung, und mit einer vorsichtigen Verwaltung die Bank wieder einigermassen in Ordnung bringen, wobei Duhalde sie am Anfang vor politischen Einflüssen schützte. Doch schliesslich, als Duhalde seine Präsidentschaftskampagne für die Wahlen von 1999 einleitete, stellte auch er die Bank in den Dienst der Politik.

Die Sanierung dieser Bank ist ein schwieriges Problem, das durch die allgemeine Einfrierung der Depositen und die asymmetrische Pesifizierung noch stark verschlimmert worden ist. Auch der IWF macht sich hierüber Sorgen.

IWF-Vorstand stimmt dem Abkommen mit Argentinien zu

In der Sitzung vom Mittwoch hat der Vorstand des Internationalen Währungsfonds die Zeichnung eines Abkommens mit Argentinien genehmigt. Es handelt sich vornehmlich um eine politische Entscheidung der G-7-Staaten, da die technische Fondsleitung nicht in diesem Sinn überzeugt war und offensichtlich sogar bereit war, Argentinien zu einem totalen Default zu zwingen, also mit dem IWF und auch mit der Weltbank und der interamerikanischen Entwicklungsbank (BID). Der Direktor für die westliche Halbkugel, Anoop Singh legte dem Direktorium einen äusserst kritischen Bericht über die argentinische Lage vor.

Der Fonds entsandte daraufhin sofort eine Mission, geleitet von John Dodsworth und John Thornton, die die letzte Fassung des Verständigungsmemorandums mit den argentinischen Beamten, vornehmlich Minister Lavagna, ausarbeiten müssen. Das Abkommen soll angeblich nächste Woche von der Fondsleitung genehmigt werden.

Es soll sich um ein kurzfristiges Abkommen handeln, bis Ende August, wobei der IWF auf der Einhaltung des Wahlkalenders besteht, so dass die neue Regierung, die am 25. Mai antritt, drei Monate Zeit für die Ausarbeitung eines neuen Abkommens haben würde. Dennoch werden in dieser Periode weiterhin ständige Kontrollen des IWF durchgeführt, so dass theoretisch sogar das Abkommen vorzeitig abgebrochen werden könnte. Im Prinzip werden Zahlungsverpflichtungen an den IWF, die Weltbank und die BID für US\$ 3 Mrd., die sich nicht hinausschieben lassen (weil dies schon einmal geschehen ist), mit neuen Krediten finanziert, und weitere Verpflichtungen für US\$ 3,8 Mrd. auf spätere Termine verlegt, was jedoch fallweise entschieden werden soll.

Im ersten Halbjahr verfallen, nach Angaben des Wirtschaftsministeriums, Schulden mit dem IWF in Höhe von US\$ 5.020,36 Mio., davon US\$ 4.820,91 Mio. an Kapital und US\$ 199,45 Mio. an Zinsen; mit der Weltbank US\$ 1.019,56 Mio., davon US\$ 816,70 Mio. an Kapital und US\$ 202,86 Mio. an Zinsen und mit der BID für US\$ 1.259,17

Mio., davon US\$ 1.057,50 Mio. an Kapital und US\$ 201,67 Mio. an Zinsen. Der IWF übernimmt somit auch die Zahlung an die beiden internationalen Banken, deren Statuten eine Hinausschiebung („roll over“) nicht gestatten.

Es handelt sich um ein Abkommen, das keine weiteren Schwierigkeiten bereiten sollte, nachdem der Fonds den höheren Grad an wirtschaftlicher und finanzieller Stabilität des zweiten Halbjahres 2002 würdigt. Eine Übergangsregierung, wie es die von Duhalde ist, hat ohnehin kaum grosse Möglichkeiten in diesem Sinn. Der IWF empfiehlt einen politischen Konsens, um die grundlegenden Reformen möglich zu machen, die Argentinien benötigt. Dies bezieht sich auf eine gesunde Fiskalstruktur, auf die Wiederherstellung des Vertrauens in das Bankensystem, eine Erhöhung der Öffnung der Wirtschaft und eine Umstrukturierung der Staatschuld. Nicht ausdrücklich erwähnt wurde das Problem der Lösung für den Konflikt mit den Konzessionären öffentlicher Dienste, was auch auf der ständigen Traktandenliste des Fonds steht.

Kabinettschef Alfredo Aatanasof erklärte, der Abschluss des Abkommens werde bald erfolgen. Da jedoch nicht sicher ist, dass dies vor dem 17. Januar erreicht wird, an dem eine Schuld von US\$ 1.065 Mio. fällig ist, wurde beschlossen, mit Reserven der ZB zu zahlen, wobei der Betrag dann vom IWF zurückerstattet werden soll, sobald das Abkommen unterzeichnet worden ist.

Die Regierung hat beim Fonds beantragt, dass die Zahlung von Schulden für US\$ 5 Mrd, die im ersten Halbjahr 2003 verfallen, auf drei Jahre hinausgeschoben wird. Ursprünglich war nur eine Frist von einem Jahr gefordert worden, was die nächste Regierung jedoch vor ein unlösbares Problem stellen würde.

Das Abkommen mit dem IWF würde auch die Beziehungen zur Weltbank normalisieren, so dass diese dann einen schon genehmigten Kredit in Höhe von US\$ 1,7 Mrd. auszahlen würde, der für soziale Programme bestimmt ist.

2003 erhöht, und der Sonderabzug für selbstständig Tätige von \$ 4.500 auf \$ 6.000. Das steuerfreie Minimum wurde auf \$ 4.020 belassen, wogegen der Abzug für die Ehefrau von \$ 2.040 auf \$ 2.400 angehoben wird, und für jedes minderjährige Kind von \$ 1.020 auf \$ 1.200. Bei den Arbeitnehmern soll die Erhöhung als Teilerhöhung für die schrittweise Wiedereinführung ab März des Beitrages zum privaten Pensionierungstsem von 5% auf 11% wirken. Bei einem Arbeitnehmer mit Frau und zwei Kindern steigt somit der steuerfreie Betrag von \$ 21.600 auf \$ 26.820.

Durch Dekret 2722/02 (Amtsblatt vom 7.1.03) wurde das Dekret 688/02 vom 26.4.02 dahingehend geändert, dass Kfz-Fabriken u.a. gestattet wird, importierte Teile für die Fabrikation erst zu verzollen, wenn das fertige Produkt die Fabrik verlässt.

Durch Beschluss 1408 des föderalen Amtes für öffentliche Einnahmen (AFIP) wurde bestimmt, dass dieses Amt bei Importen durch jene, die ihren Wohnsitz in Provinzen haben, 1% des Importwertes a Konto der provinziellen Steuer auf den Bruttoumsatz einbehält, sofern die Provinzen Abkommen in diesem Sinn mit der AFIP abgeschlossen haben.

Vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 02 wurden für US\$ 74 Mio.

35.078 t Schweisswolle exportiert, was 19.514 t gewaschener Wolle entspricht, um 9% mehr als der Durchschnitt des letzten Jahrzehnts. Von den Exporten wurden je 20,5% nach China und Italien geliefert, 9,1% nach Deutschland, 8,2% nach Frankreich, 6,5% nach Mexiko, 6,4% nach Uruguay, 5% nach Belgien, 4,7% nach Indien, 3,4% nach Chile, 2,9% nach Grossbritannien, 2,7% in die Türkei, 2,1% nach Spanien und geringere Mengen in 14 weitere Länder.

Die AFIP berichtet, dass die Steuerhinterziehung bei Benzin für Industrien, das von der Brennstoffsteuer befreit ist, von 1999 bis 02 um 62% abgenommen hat, bei einem Absatzrückgang von 82%. 1999 wurden 1.018 Mio. l geliefert, 02 nur 177 Mio. Ausserdem nahmen die Lieferungen von Benzin nach Patagonien, wo es einen geringeren Steuersatz zahlt, von 55 Mio. l 1999 auf 43 Mio. 02 ab. Die Hinterziehung nahm um 17% ab, bei einem Absatzrückgang von 22%. Noch für das Jahr 2000 berechnete die Kammer der Erdöl- und Gasindustrie die Hinterziehung in beiden Fällen auf US\$ 400 Mio. jährlich.

Das Gesetz über digitale Unterschriften wurde reglementiert und kann somit in Kraft treten. Es legt die Gültigkeit unterzeichneter und auf elektronischem Wege übertragener Dokumente, auch für Gerichte, fest. Argentinien ist der erste südamerika-

nische Staat, mit diesem modernen Gesetz. Es wurde mit der Nummer 25.506 am 14.11.01 angenommen und am 11.12.01 unterzeichnet. Die notwendige Reglementierung durch die Regierung nahm dann über ein Jahr in Anspruch.

F. Boglione, der auch Präsident der Handelskammer von Rosario ist, hat den 1999 stillgelegten Milchverarbeitungsbetrieb von Nestle in Nogoyá, Provinz Entre Rios, gekauft. Mit einer Investition von US\$ 300.000 soll Trockenmilch, 80% davon für den Export, erzeugt werden. Anfangs werden 250.000 bis 300.000 l Milch pro Tag verarbeitet werden, bei Vollbetrieb 500.000.

Durch die hohe Flüssigkeit am Kapitalmarkt wurde ein Rekordangebot von \$ 577 Mio. für Lebacwechsel gemacht. Die ZB nahm nur die Hälfte davon \$ 267 Mio., zu niedrigeren Zinssätzen an. Lebac auf 9 Monate sanken von 52% Jahreszins auf 46%, auf 6 Monate von 45% auf 40%. Die ZB musste Lebac-Fälligkeiten von \$ 192 Mio. aufheben und wollte ausserdem flüssige Mittel vom Markt aufsaugen. Sie macht damit jedoch ein schlechtes Geschäft. Für ihre im Ausland festgelegten Dollarreserven erhält sie 1% im Jahr und für die Lebacwechsel auf 6 Monate zahlt sie 46% Jahreszins. Auf 30 Tage zahlte die ZB für \$ 37,69 Mio. 7% Jahreszins, auf 58 und 91 Tage gab es keine Angebote, auf 119 Tage wurden \$ 10,9 Mio. zu 17%

aufgenommen, auf 183 Tage 60,94 Mio. zu 40% und auf 286 Tage \$ 42,79 Mio. zu 46% Jahreszins. Lebac in Dollar zu Nullzins auf 14 Tage wurden für US\$ 29,95 Mio. untergebracht und auf 30 Tage, ebenfalls zu Nullzins, US\$ 5 Mio.

Vertreter der Regierung, Lieferanten und Frachtbetriebe haben das Abkommen, nach dem die Erdölunternehmen den Frachtdienstleistern Dieselöl zum Vorzugspreis von \$ 0,85 pro l verkaufen, bis zum 1.4.03 verlängert. Dieser Preis liegt 10% bis 20% unter dem an den Tankstellen.

Argentinien erzielte 02 mit Brasilien einen Handelsbilanzüberschuss von US\$ 2,4 Mrd., wie das CEB (Centro de Estudios Bonaerenses) bekanntgab. Hauptgrund sei der Zusammenbruch der argentinischen Einfuhren um 54,4% gegenüber dem Vorjahr. Argentinien lieferte an Brasilien für US\$ 4,73 Mrd., um 23% weniger als 01, und bezog von dort für US\$ 2,33 Mrd.

Petroquímica Rio Tercero SA nimmt im Februar ihre neue Aluminiumpolichlorid-Fabrik in Betrieb. Es wird die einzige Fabrik des Landes sein, die dieses Produkt für die Trinkwasserklärung herstellt.

Der wegen Kreditmangel verzögerte Bau der neuen Chlorproduktion von Atanor wird nun in Angriff genommen.

Die Riobank der spanischen SCH-Gruppe hat in den ersten 3 Quartalen 02 einen Nettoverlust von \$ 873,6 Mio. bekanntgegeben. Die Hypothekenbank von \$ 2,77 Mrd.

Das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) hat mit dem staatlichen Technologie-Institut INTI ein Abkommen über die Mengenkontrolle von nicht verpacktem und Schüttgut unterzeichnet, das über argentinische Zolllärter ein- oder ausgeführt wird. Wie das Wirtschaftsministerium bekanntgab, soll mit den Messungen bei Rohöl und Kraftstoffen begonnen werden.

In den letzten Jahren konnte Argentinien seine Ausfuhren von nicht abgefüllten Weinen nach Japan verdoppeln und wurde der grösste Lieferant dieses Landes. Mit 373.000 HI bestritt Argentinien in den ersten 9 Monaten 02 20,2% der japanischen Weineinfuhren, vor USA, Chile und Bulgarien.

Das Arbeitsministerium hat in der Autobusendstation Retiro festgestellt, dass 37% der Mitarbeiter nicht die gesetzlich vorgesehenen Ruhepausen zwischen den Arbeitstapen erhalten. Es wurden 116 Angestellte von 17 Unternehmen befragt. Bei einer ähnlichen Ermittlung in der Endstation von Mar del Plata wurden 41,6% Unregelmässigkeiten dieser Art festgestellt. 17 Unternehmen wurden deshalb zu Protokoll genommen.

Das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) hat den Mindestverkaufspreis, für den eine Rechnung ausgestellt werden muss, von den seit 1991 vorgeschriebenen \$ 6 auf \$ 10 erhöht. Das Amt hat mit Beschluss 1415 alle seit 1991 gültigen Vorschriften über Rechnungsausstellungen zusammengefasst. Es sind die des ursprünglichen Beschlusses 3419 und 59 Rundschreiben mit Auslegungen und Änderungen. Die Frist für die Buchung von Belegen wurde auf 15 Tage vereinheitlicht.

Auch Tätigkeiten die nur fallweise Einkommen schaffen, sollen künftig bei der Einheitssteuer (Monotributo) beitragspflichtig werden. Eine diebezügliche Gesetzesvorlage wurde der Regierung vom Steueramt unterbreitet.

Das Amt für Öffentliche Einnahmen hat die Frist für die Einreichung der Gewinnsteuererklärungen mit 20% Abschlag bis zum 15. März verlängert. Die Massnahme gilt für Unternehmen mit Bilanzschluss im August 02. Die Regierung will damit die Auswirkungen der Inflation auf die Vermögenswerte ausgleichen. Die Erleichterung sollte nur bis Jahresende erfolgen. Der Parlamentsbeschluss, die Verringerung des Steuersatzes von

35% auf 30% erst im Februar zu debattieren, zwang jedoch zu der genannten Massnahme.

Telecom Argentina gab bekannt, dass sie das Management fee von US\$ 150 Mio. im Jahr an jeden ihrer Inhaber, France Telecom und Telecom Italia bis Ende 04 nicht zahlen muss. Die Zahlung wurde zuerst verringert und im April 02 bis Dezember gestundet. Angesichts der schwierigen Finanzlage hatte Telecom Argentina zu diesem Zeitpunkt sein Default erklärt.

Die Regierung hat nach der Ungültigkeitserklärung der ersten Sprechung die Unterredungen über den Konzessionsvertrag mit dem Wasserwerk Aguas Argentinas am Dienstag wieder aufgenommen. Das Unternehmen fordert eine Tarifierhöhung von 15% für den Endverbraucher. Bei einer Verringerung der MwSt. um 25% könnte die Erhöhung auf 10% verringert werden.

Polo Ralph Lauren übernimmt sein Vertriebsgeschäft in Argentinien selbst. Bisher hatte die Exxel Group die entsprechende Lizenz.

Edemsa, das E-Werk von Mendoza, hat die Kapitalfälligkeit von US\$ 49 Mio. und Zinsfälligkeit von US\$ 1,7 Mio. seiner Obligationen Serie III nicht honoriert. Das Stromverteilungsunternehmen hatte die Einstellung seiner Zahlungen bereits im Juli 02 bekannt gegeben.

Durch Beschluss 4/03 des Wirtschaftsministeriums (Amtsblatt vom 9.01.2003) wurde für 90 Tage ein Exportzoll von 40% auf Schrott und Stahlabfälle eingeführt, um der Knappheit entgegenzutreten, der sich die lokalen Stahlproduzenten gegenübersehen, die sie zu Importen zwingt.

Durch Beschluss 2/03 des Tiersanitätsamtes SENASA wurde ein Register von Landwirtschaftsbetrieben geschaffen, die Rinder im Stall mästen und sie für den Export bestimmen. Dieses Rindfleisch darf jedoch nicht innerhalb des Kontingentes der Sonderschnitte exportiert werden, die als „SC“ bezeichnet werden und für die EU bestimmt sind. Auf diese Weise soll die Qualität der auf Weiden gemästeten Rinder garantiert werden.

Das Nationale Institut für die Einnahmen der sozialen Sicherheit (INARSS), das 2001 auf Initiative von Cavallo geschaffen wurde, weist darauf hin, dass der Gesamterlös aus Unternehmehrerbeiträgen 02 gegenüber dem Vorjahr um 3,5% zugenommen hat, weil ab März 02 der Beitrag zum Rentnersozialwerk PAMI um 1% der Lohnsumme erhöht wurde, was auf Jahrebasis Mehreinnahmen von \$ 364 Mio. darstellt. Ohne diese Zunahme sind die

Beiträge um 3% gesunken, etwa gleich viel wie die persönlichen Beiträge.

Präsident Duhalde hat das Gesetz 25.715 über den Schutz der Zuckerrwirtschaft einem totalen Veto unterstellt. Das Gesetz sah ein Verbot für die Änderung des seit 1992 geltenden Zollsatzes vor, der gemäss dem internationalen Zuckerpreis berechnet wird und für Brasilien 20% ausmacht. Das Gesetz war im Wesen eine Beibehaltung des Dekretes 797/00. Das Veto beruht formell auf Mercosur-Verpflichtungen. Indessen weist die lokale Zuckerrwirtschaft darauf hin, dass Brasilien den Zucker über eine hohe Subvention für das Spaltprodukt Alkohol subventioniert, wobei die EU u.a. die Zuckerproduktion und dessen Export stark subventionieren (gelegentlich mit 200% des Exportpreises) und den Weltmarktpreis drücken. In einer subventionsfreien Welt wäre der argentinische Zucker konkurrenzfähig und könnte in höheren Mengen erzeugt und exportiert werden. Hingegen würde dann die Zuckerproduktion in ganz Europa, in den USA u.a. Ländern verschwinden.

Nachdem die Herabsetzung des Satzes der MwSt. von 21% auf 19% nächste Woche abläuft, wollte Wirtschaftsminister Lavagna sie bis Mitte 03 verlängern. Er musste dieses Vorhaben aufgeben, als die neue Mission des IWF darauf hinwies, dass es nicht möglich sei, auf diese Steuereinnahmen zu verzichten.

Das Ende 2002 vom Kongress verabschiedete Haushaltsgesetz 25.725 für 03 (Amtsblatt vom 10.01.03) wurde von Präsident Duhalde mit folgende Vetos versehen: 1. Der für den Beitrag zum Lehrerfonds für das erste Halbjahr 03 vorgesehene Betrag von \$ 330 Mio. wurde gestrichen. Die Lehrgewerkschaft CTERA hat daraufhin sofort gedroht, den Schulbetrieb im März nicht aufzunehmen. 2. Die Aufhebung der Höchstgrenze von \$ 4.800 monatlich für Gehälter, nach der auch die Pensionskassenbeiträge berechnet werden, wird gestrichen; 3. Paragraph 30, der die Verfügung der Mittel der Treuhandsfonds durch das Schatzamt auf \$ 100 Mio. begrenzt, wurde aufgehoben. Insgesamt handelt es sich um etwa 20 Vetos.

Die in Argentinien weilenden IWF-Fachleute J. Dodsworth und J. Thornton haben eine Änderung des dem Kongress vorgelegten monetären Programmes für 03 gefordert. Die Regierung hat eine Zunahme der Konsumentenpreise von Dezember 02 bis Dezember 03 von 22% vorgesehen, und der IWF meint, 35% wäre realistischer, weil Zunahmen der Tarife öffentlicher Dienste u.a. Preiserhöhungen vorgesehen werden müssen.

Durch Gesetz 25.717 (Amtsblatt vom 10.01.03) wurden Änderungen

des MwSt-Gesetzes vorgenommen, die sich auf die Landwirtschaft beziehen. Die Regierung hat jedoch den Paragraphen 2 einem Veto unterstellt, der den lokalen Fabrikanten von Düngemitteln erlaubte, die Saldi der MwSt. gutzuschreiben oder deren Rückgabe von der AFIP zu fordern, wobei diese binnen 30 Tagen zahlen muss. Nachdem der MwSt.-Satz für landwirtschaftliche Produkte halbiert wurde, sollte auf diese Weise vermieden werden, dass die Landwirte einen positiven Saldo bei dieser Steuer haben, den ihnen die AFIP nicht zurückzahlt, wobei sie ihn auch nicht mit anderen Steuern verrechnen können.

Beim Gesetz 25.713, das den Wertberichtigungskoeffizienten CER für pesifizierte Dollarschulden einführt, hat die Regierung den Paragraphen einem Veto unterstellt, der dabei bis zum 30. September angehäuften Schulden unter ursprünglich US\$ 100.000 ausschliesst. Indessen bleiben Hypothekenschulden für US\$ 250.000 für die einzige Wohnung des Schuldners, sowie persönliche Kredite bis US\$ 12.000 und Pfandkredite bis US\$ 30.000 weiter von der CER-Berichtigung ausgenommen. Der CER-Koeffizient macht in 9 Monaten 2002 37% aus.

Das binationale Unternehmen EBY, das das Riesenwasserkraftwerk Yacretá verwaltet, hat eine Ausschreibung eröffnet, die sich auf den Bau eines Kanals von 11 km Länge bezieht, durch den das Wasser des Aguapey-Flusses (Paraguay) in den Arm des Paraná „Añá Cuá“ umgelenkt wird. Auf diese Weise soll die Überschwemmung von 30.000 Ha in Paraguay vermieden werden, die sonst bei der Zunahme des Wasserpegels des Yacretá-Staudammes von 76 auf 83 Meter eintritt. Diese Überschwemmung stellt ein besonders brenzliches Problem dar, da Paraguay eine absurd übertriebene Entschädigung fordert, die unbezahlbar ist, wodurch die Pegelerhöhung, durch die die Stromerzeugung um 80% erhöht wird, nicht durchgeführt werden kann. Der neue Kanal soll um die US\$ 45 Mio. kosten.

Nachdem die Firma „Bolsas de Olavarría“ im Dezember 1999 wegen Konkurs geschlossen wurde, hat der Kongress des Provinz Buenos Aires die Enteignung der Fabrik verfügt, in der Papiersäcke erzeugt wurden, um sie einer Arbeitsgenossenschaft zu übergeben, die aus 21 Mitgliedern der Belegschaft von ursprünglich 64 Arbeitnehmern gebildet wurde. Das nationale Schatzamt wird einen Beitrag von \$ 100.000 und das der Provinz einen von \$ 10 Mio. leisten. Ausserdem sollen die Arbeiter, die Genossenschafter sind, eine monatliche Subvention innerhalb des Arbeitsbeschaffungsprogrammes „Programa crear trabajo“ für eine bestimmte Zeit erhalten. Die Fabrik hatte eine

Marktanteil von bis zu 20%.

Durch Dekret 2727/02 (Amtsblatt vom 10.01.03) wurde Paragraph 1 des Dekretes 410 (vom 1.3.02) dahingehend geändert, dass folgende Fälle nicht von der Umwandlung von Dollar in Pesos betroffen sind, die das Dekret 214/02 bestimmt hat:

a. Finanzierungen, die von Banken für Aussenhandelsgeschäfte gewährt worden sind; b. Saldi von Kreditkarten, die durch Käufe im Ausland entstanden sind; c. Depositen von ausländischen Banken oder Finanzanstalten bei lokalen Banken, die für Kreditlinien in Argentinien bestimmt wurden, sofern diese mindestens 4 Jahre Laufzeit ha-

ben; d. Termingeschäfte, mit Ausnahme derjenigen, die vor dem 5.01.02 unter der argentinischen Gesetzgebung vollzogen worden sind, bei der eine der Parteien eine Finanzanstalt ist; e. Zahlungsverpflichtungen der Regierung und von Privatunternehmen gegenüber dem Ausland, bei denen das ausländische Gesetz angewendet wird; f. Rückkauf von Anteilen an Investmentfonds, im Verhältnis zu den Devisenaktiven des Fonds; g. Zahlungsverpflichtungen von Personen oder Unternehmen, die ihren Wohnsitz im Ausland haben, die mit Mitteln im Ausland gezahlt werden, gegenüber Gläubigern, die in Argentinien wohnhaft sind; h. Zahlungsverpflichtungen in ausländischer Wäh-

lung, die durch lokale juristische Personen eingegangen wurden, die von physischen oder juristischen Personen im Ausland kontrolliert werden, auch wenn die argentinische Gesetzgebung anwendbar ist; i. Zahlungsverpflichtungen an multilaterale Kreditinstitutionen; j. Zahlungsverpflichtungen der Provinzen und Gemeinden, sowie von Privatfirmen, gegenüber der Nation, die sich aus weitergeleiteten Krediten oder Garantien ergeben; k. Zahlungsverpflichtungen von binationalen Institutionen; l. Zahlungsverpflichtungen gegenüber physischen oder juristischen Personen, die ihren Wohnsitz in Argentinien haben, die jedoch Kredite aus dem Ausland weitergeleitet haben.

Trotz des Default hat Argentinien das Vorjahr mit einem Kassendefizit von knapp \$ 5 Mrd. abgeschlossen. Dazu kommt das Defizit der Provinzen von \$ 2,85 Mrd., was ein konsolidiertes Defizit von \$ 7,85 Mrd. ergibt. Obwohl das um 48,9% weniger als ein Jahr zuvor ist, sind es 2,4% des BIP. Es wird schwierig sein, in diesem Jahr das nach den Budgetstreichungen durch das Präsidentenveto angepeilte Defizit von nur \$ 400 Mio. zu erwirtschaften. Für Zinsen der Aussen-schuld wurden über \$ 7,5 Mrd. überwiesen. Daraus kann ein Primärüberschuss von knapp \$ 2,5 Mrd. errechnet werden.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Präsident Duhalde will Preiserhöhungen verhindern

Recht unerwartet wies Präsident Eduardo Duhalde darauf hin, dass die Regierung Massnahmen erwäge, um Preiserhöhungen bei 27 Produkten zu verhindern, die einen wesentlichen Einfluss auf den Volkskonsum haben. Kurz danach wurden die Preisindizes vom Dezember bekannt, nach denen die Konsumentenpreise im Dezember nur um 0,2% zugenommen haben (und 41% gegen Dezember des Vorjahres) und die Grossistenpreise um 0,6% (118% in 12 Monaten), woraus man schliessen kann, dass die Preisfront sich beruhigt hat. Dennoch weist der Konsumentenschutzverband ADELCO darauf hin, dass in der letzten Dezemberwoche eine Preiszunahme von 4% stattgefunden habe, was sich dann in einer relativ starken Zunahme im Januar auswirkt, wobei in diesem Monat auch die Preiszunahmen bei den Tourismusdiensten und bei Benzin und Dieseltreibstoff eine Haussewirkung haben.

Die Sorge des Präsidenten wurde durch die Erhöhung des Preises der Milch und der Milchprodukte von 7% bis 9% ausgelöst, die dann, im Fall der Milch in Kunststoffbeuteln (sachets), durch Druck der Regierung auf März verschoben wurde. Das grösste Industrieunternehmen der Branche, Mastellone Hnos (Marke La Serenísima) wies in einer bezahlten Anzeige darauf hin, dass der Preis, den der Milchbauer fordert, gestiegen sei, wobei er eben zu niedrig war, so dass die Produktion in den letzten Jahren um 15% gesunken sei, und viele Milchbetriebe aufgegeben oder verkleinert haben. Dieser Prozess wurde auch durch den Boom der Sojabohne gefördert, so dass Milchvieh durch Sojabohnenpflanzungen ersetzt werden, die auch schon die Baumwolle im Norden und teilweise den Reis in den mesopotamischen Provinzen ersetzt haben.

Abgesehen davon ist der Milchpreis anormal niedrig. Die Landwirte weisen darauf hin, dass der Prozentsatz, der ihnen vom Endpreis im Supermärkte zufällt, viel niedriger als international üblich und auch geringer als in der Vergangenheit liegt. Würden Milch und Milchprodukte nicht von der Europäischen Union u.a. Staaten so stark subventioniert, dann wäre der Weltmarktpreis höher und Argentinien könnte als effizienter Produzent mehr erzeugen und exportieren. Aber dann wäre der Preis noch höher. Seien wir uns somit der Tatsache bewusst, dass Milch und Milchprodukte trotz allem in Argentinien sehr billig sind.

Wirtschaftsminister Lavagna wies sofort darauf hin, dass nicht an direkte Preiskonkontrollen gedacht werde. Das wäre in der Tat ein gefährlicher Rückschritt gewesen, der das Problem gewiss nicht löst. Es ist bemerkenswert, dass sich ausgerechnet Lavagna in diesem Sinn äussert, war er doch in der peronistischen Regierung von 1973-76 Nationaldirektor für Preiskonkontrollen. Dann kam der Gedanke auf, die Exportsteuern auf bestimmte landwirtschaftliche Produkte zu erhöhen, so dass der interne „Indifferenzpreis“ niedriger ausfällt. Doch auch das wurde sofort als abwegig abgetan, liegt doch diese Steuer mit 20% schon sehr hoch. Eine Erhöhung wäre ein schlechtes Signal für eine Landwirtschaft, die sich in einer Expansionsphase befindet und wesentlich zu den Exporten beiträgt.

Als Modell für die Behandlung des Preisproblems wurde das Abkommen mit der Erdölindustrie hingestellt. Hier wurde mit den Unternehmen der Branche eine Ein-

frierung der Preise für drei Monate vereinbart, wobei als Gegenleistung die Exportzölle nicht erhöht werden und auch die freie Verfügbarkeit über 30% des Devisenerlöses beibehalten wird. Indessen ist hier eine konzertierte Lösung möglich, weil es sich um wenige Unternehmen handelt, wobei YPF eine marktbeherrschende Stellung hat und die anderen Unternehmen praktisch zwingt, sich an ihre Preise zu halten. Dieses Modell ist nicht auf die Lebensmittelindustrie übertragbar, und noch weniger auf die Erzeugung von Rindfleisch, Getreide, Ölsaaten, Gemüse, Obst u.a. Produkten.

Somit ist die Diskussion versandet, wobei Produktionsminister Aníbal Fernandez darauf hinweist, dass einzelne Sektoren studiert werden, die wichtig sein könnten, wobei eine Alternative gesucht werde, die weder die Privatwirtschaft, noch die Ärmsten schädige. Die ersten Branchen, mit denen die Regierungen zu Vereinbarungen gelange wolle, seien die Fleischindustrie, die Milchindustrie und die Brotindustrie. Vertreter der Schlachthäuser haben sofort darauf hingewiesen, dass bei Zunahme des Preises der Rinder die Exportsteuer auf Rindfleisch gesenkt werden müsste. Das löst zwar ihr Problem, nicht jedoch das Preisproblem für den Konsumenten. Die ganze Diskussion ist leeres Geschwätz.

Lavagna befürchtet Preiserhöhungen, die durch erhöhte Nachfrage herbeigeführt werden, weshalb er die Geldemission der ZB, als Folge der Devisenkäufe, irgendwie neutralisieren will. Indessen ist eine sogenannte Nachfrageinflation gegenwärtig kaum denkbar, da bei den allermeisten Produkten und

Dienstleistungen Überangebot besteht und die Industrie hohe unausgenutzte Kapazitäten hat. Mehr Nachfrage würde somit zunächst zu höherem Angebot führen oder eventuell Lagerbestände aufsaugen. Die Inflationsgefahr kommt von der Kostenseite. Die hohe Diskrepanz zwischen der Zunahme der Einzelhandels- und Engrospreisen im letzten Jahr ist anormal und deutet darauf hin, dass die Abwälzung auf die Konsumentenpreise noch in Gang ist. Ausserdem wirkt sich die Einfrierung der Tarife öffentlicher Dienste aus, die gewiss nicht von Dauer sein kann. Und schliesslich wirkt sich noch der Umstand aus, dass Löhne und Gehälter, sowie auch persönliche Dienstleistungen gar nicht oder kaum zugenommen haben. Auch das ist auf die Dauer unhaltbar.

Die relativen Preise sind eben durch die Abwertung stark verzerrt. Entweder der Wechselkurs sinkt, oder die internen Preise steigen, bis zu einem Punkt, bei dem das Gleichgewicht wieder hergestellt wird. Nachdem eine Senkung des Kurses traumatisch erscheint und negative Wirkungen haben würde, will die Wirtschaftsführung ihr monetär entgegenwirken, und zwar nicht nur durch ZB-Käufe auf dem Devisenmarkt, sondern auch durch Teilaufhebung der Devisenbewirtschaftung und Unterbringung von ZB-Wechseln, genannt Lebac. Indessen liegt das Problem woanders; die Normalisierung der relativen Preise lässt sich auf die Dauer nicht vermeiden, wobei dies dann bedeutet, dass die phänomenale Einkommensumverteilung zu Gunsten der Exportlandwirtschaft u.a. Exportbranchen und zum Schaden der Lohnempfänger, der persönlichen Dienstleistungen, der öffentlichen Dienste, der Banken u.a. wieder zum grossen Teil rückgängig gemacht wird.

Lockerung der Devisenbewirtschaftung

Am Dienstag verfügte die ZB eine leichte Lockerung der Devisenbewirtschaftung. Konkret handelt es sich um folgendes:

- Importeure dürfen bar bezahlen. Die Bestimmungen über Zahlung binnen einer bestimmten Frist werden aufgehoben.
- Der Mindestbetrag, bei dem bei Exporten keine Devisenablieferung erforderlich ist, wird von US\$ 200.000 auf US\$ 1 Mio. angehoben.
- Gewinne und Dividenden können wieder überwiesen werden.
- In Kürze soll noch bestimmt werden, dass bei kleinen und mittleren Exportunternehmen der Zwang, die Devisen abzuliefern, aufgehoben wird.

Die Wirtschaftsführung will auf diese Weise eine höhere Devisennachfrage schaffen, um den hohen täglichen Überschuss zu verringern, den die ZB kaufen muss. Diese Massnahmen dürften jedoch eine geringe Wirkung haben. Importiert wird ohnehin wenig, wegen der Rezession, des minimalen Importes von Kapitalgütern und des teilweisen Ersatzes von Importen durch lokale Produktion. Ausserdem verfügen die Importeure nicht über ausreichende Liquidität, um ganz auf den Importkredit durch Lieferanten oder Banken verzichten zu können. Bei der Überweisung von Gewinnen und Dividenden ist es so, dass einmal allgemein die Gewinne spärlich geworden sind; und dann leiden die Unternehmen unter Illiquidität, so dass sie meistens keine faktische Möglichkeit haben, Buchgewinne zu überweisen. Was die Erhöhung der Grenze für Devisenablieferungen betrifft, so ist dies ziemlich belanglos, da die Devisen ohnehin auf dem Markt verkauft werden, weil die Exporteure die Ware am Platz zahlen müssen.

Gewiss hätte die Gelegenheit wahrgenommen werden sollen, um die Devisenbewirtschaftung, die ein Anachronismus und eine Irrationalität ist, ganz abzuschaffen. Aber Lavagna ist eben grundsätzlich nicht von der Marktwirtschaft überzeugt, sondern meint, der Staat müsse alles mögliche regulieren und bestimmen. Beim Export hat die Devisenbewirtschaftung am wenigsten Sinn. Die Zwangsumwandlung der Devisenerlöse in Dollar, die 1964 (Illia-Regierung) eingeführt wurde und 1992 (Menem mit Cavallo) abgeschafft wurde, ist ein begrifflicher Unfug, da die Exporteure die Devisen nicht behalten können, besonders nicht bei Exporten von Commodities, bei denen ihre Margen gering sind, die über 90% der Exporte ausmachen.

Aber die Umwandlung in Pesos ist mit Bankprovisionen verbunden, die 1% übersteigen und beim internationalen Handel, wo bittere Konkurrenz besteht, eine Rolle spielen. Ohne diese Ablieferungspflicht setzen die Exporteure oft die Devisen direkt für die Zahlung von Krediten oder Importen (eigene oder von Dritten) ein. Abgesehen davon, stellen die festgesetzten Fristen für die Devisenablieferung in vielen Fällen ein Hindernis für die Exportgeschäfte dar. Denn oft muss der Exporteur, um verkaufen zu können, sich den Gegebenheiten anpassen und eine Finanzierung in Kauf nehmen, oder eben kassieren, wenn die Ware vom Importeur weiterverkauft worden ist. Nebenbei bemerkt: warum wird bei Erdölexporten die freie Verfügung von 30% der Devisen gestattet, und bei anderen Exporten nicht?

Auch eine völlige Freigabe des Devisenmarktes würde kaum etwas an den Marktverhältnissen ändern. Die Zahlungsbilanz weist eben einen positiven Saldo auf, zumindest solange keine Zahlungen für die argentinische Staatsschuld getätigt werden, die in Default erklärt wurde. Die Handelsbilanz schloss letztes Jahr mit einem Überschuss von etwa US\$ 16 Mrd., was 60% der Exporte ausmacht und anormal hoch ist. Aber dies dürfte 2003 so bleiben. Einmal stehen wir vor einer neuen Rekordernte, mit guten internationalen Preisen. Dann wurde ein Teil der Ernte 2002 von den Landwirten zurückbehalten, um die Zahlung der Gewinnsteuer auf den Inflationsgewinn ein Jahr hinauszuschieben. Die Weigerung von Lavagna, die steuerliche Inflationsbereinigung wieder einzuführen, die 1978 bis 1992 galt, führt eben zu Verzerrungen, die der Wirtschaft letztlich schaden. Auch führt dies zu höheren Hinterziehungsmanövern.

Auf der Importseite ist zu verzeichnen, dass die Importe von Maschinen und Anlagen dieses Jahr noch geringer als 2002 ausfallen dürften, weil im Vorjahr noch Importe stattfanden, die 2000 oder vorher in Auftrag gegeben worden waren. Bei Fertigprodukten und auch bei Produkten für die Weiterverarbeitung wirkt sich die Rezession aus, und auch zum Teil ein fortschreitender Ersatz von Importprodukten durch

lokale Fabrikation, sei es indem das gleiche Produkt hier erzeugt wird, oder dass auf ein billigeres Ersatzprodukt übergegangen wird, wie es bei Lebensmitteln der Fall ist. Z.B.: sind Pfirsichkonserven in Sirup gegenüber solchen mit Ananas jetzt viel billiger geworden. Auch wenn das BIP 2003 leicht zunimmt, wie es die Regierung und viele Wirtschaftsfachleute erwarten, werden die Importe voraussichtlich niedrig bleiben.

Zu all dem kommt noch eine grundsätzliche Wende bei der Tourismusbilanz. Die Argentinier machen dieses Jahr Ferien im Inland, und Ausländer kommen auch noch her, weil es eben billiger ist. Schliesslich muss noch berücksichtigt werden, dass allgemein letztes Jahr die Liquiditätsreserven in Dollar angelegt wurden, wobei jetzt wieder Dollar verkauft werden, um Ferienausgaben zu zahlen oder für andere Zwecke.

Wirtschaftsminister Lavagna und ZB-Präsident Prat Gay haben sich dafür ausgesprochen, den Kurs zu halten, was mit Devisenkäufen verbunden ist, statt ihn fallen zu lassen. Dennoch ging der Kurs letzte Woche stark zurück. Der Minister tritt nicht für einen fixen Kurs, sondern für einen schwankenden ein. Allerdings scheint er eine ziemlich grosse Bandbreite zu befürworten. Die ZB wird somit voraussichtlich weiterhin Devisen anhäufen, was der Wirtschaft eine solidere Grundlage gibt. Denn die US\$ 10,5 Mrd., die die ZB jetzt hält, sind gewiss nicht viel, bedenkt man, dass 1999 noch mit US\$ 35 Mrd. abschloss, die 2001 vergeudet wurden.

Stagnierende Welternten

Die Getreide- und Pflanzenölernten der ganzen Welt stagnieren seit zehn Jahren mit geringen Zunahmen von weniger als 10% für dreizehn Getreide- und Pflanzenölsorten. Sojabohnen, Sonnenblumen und Erdnüsse sind die einzigen Ernten mit kräftigen Zunahmen. Das sind auf Jahresbasis durchschnittlich weniger als ein Prozent. Der Weltkonsum vermehrt sich indessen um etwa 3% im Jahr, wobei die Bevölkerung um weniger als 2% wächst und der Wohlstand um mehr als 1%, so dass die Menschen mehr Nahrungsmittel und zumal bessere Nahrungsmittel verzehren.

Die grössten Ernten werden bei Weizen, Mais und Reis eingebracht, die jährlich zwischen 500 und 600 Mio. t schwanken. Jüngste Spitze ist Mais mit rund 600 Mio. t, im Rekordjahr 1998 sogar 614 Mio. t, gefolgt von Reis mit nahezu 600 Mio. t und Weizen mit ähnlichen Mengen.

Es folgen mit Abstand Gerste und Sojabohnen mit jeweils mehr als 100 Mio. t. Sojabohnen vermehrten die Ernten von nur 113 Mio. t 1992 auf 171 Mio. t 2001 um über 50% in den letzten zehn Jahren bis 2001 und geschätzte 180 Mio. t im Jahr 2002. Für 2002 liegen noch keine vollständigen Zahlen vor. Grösste Sojaproduzenten sind Brasilien, Argentinien, Paraguay und Bolivien, lies Mercosur, mit über 80 Mio. t im Jahr, gefolgt von USA mit knapp über 70 Mio. t. In den vier genannten südamerikanischen Ländern gibt es viele Millionen Hektar Agrarland, das sich für den Anbau von Sojabohnen eignet und wo deren Ernten deutlich vorpreschen. Argentinien besitzt die beste Infrastruktur für die Lagerung, den Transport, die Verarbeitung und die Verschiffung von Sojabohnen, deren Ballungsraum sich auf nur rund 300 km² beschränkt, anders als in Brasilien, wo gewaltige Transportprobleme bestehen.

Zählt man die Ernten von Sorghum, Hafer, Roggen, Hirse, Sonnenblumen und Erdnüssen hinzu, die jährlich je zwischen 20 und 30 Mio. t ergeben, so kommt man auf eine Gesamternte von rund 2 Mrd. t., die Jahr für Jahr unwesentlich schwankt. Diese Ernten ernähren eine Menschheit von über 6 Mrd. Erdbewohnern, die sich stets mehr und besser ernähren, unbeschadet der gewaltigen Armut in zahlreichen Ländern.

Die Produktivität der Ernten verbessert sich ebenfalls laufend dank der Einführung neuer Anbaumethoden, produktiveren Samen, besserem Pflanzenschutz, günstigeren Lagerfazilitäten und effizienteren Transportmitteln. Dass trotzdem die Ernten kaum zunehmen, zeugt von anderen strukturellen Problemen der Landwirtschaft weltweit.

Die direkte Folge stagnierender Ernten sind geringere Lagerbestände. Letztere haben im Vorjahr bereits fühlbar abgenommen, als 2002 das Klimaphänomen El Niño bedeutende Dürren in USA, Kanada und Australien bewirkte. Die Getreidemärkte quittierten die geringeren Lagerbestände mit höheren Preisen, allerdings mit weniger Aufschwung als vor einem Jahrfünft, als der damalige El Niño ebenfalls mehrere Ernten beeinträchtigte und die Lagerbestände abbaute. Damals wurden

vorübergehend Weltmarktpreise von US\$ 300 je t Sojabohnen und US\$ 200 je t Weizen verzeichnet, die nicht mehr erreicht worden sind.

In Fachkreisen wird dank der Verbesserung der gesamten Infrastruktur angenommen, dass der Weltgetreidehandel mit geringeren Lagerbeständen als früher auskommt. Ausserdem werden neuerdings die Lagerbestände im Agrarriesen China besser erfasst.

Wie dem auch sei, Tatsache bleibt, dass die Welternten stagnieren, während der Wohlstand allgemein zunimmt und die Bevölkerung weiter wächst, freilich nicht mehr in Industrieländern, wo sie vielfach sogar abnimmt. Gegebenfalls dürfte sich dieser Zustand auf weitere Preiszunahmen auswirken, kaum dass die Getreidemärkte vorwegnehmen, dass mit fallenden Lagerbeständen Engpässe auftreten, die die laufenden Ernten nicht mehr befriedigen können.

Argentinien ist als effizientes Agrarland bereit, die Ernten nochmals zu expandieren, nachdem sie gesamthaft von rund 35 Mio. t in den achtziger Jahren auf 70 Mio. 2002 verdoppelt wurden, welche Menge vom Landwirtschaftssekretariat auch für 2003 in Aussicht gestellt wird. Jüngste private Schätzungen (Fundación Producir Conservando: „Potencial de la Producción Argentina de Granos y Carnes“) nehmen vorweg, dass Argentinien unter günstigen Rahmenbedingungen die Ernten in zehn Jahren bis auf rund 100 Mio t. erhöhen kann,

soviel wie Brasilien gegenwärtig einbringt. Das ist sicherlich machbar, wenn die Weltmarktpreise die Zeichen setzen, damit die Stagnierung der Ernten in den neunziger Jahren durch vermehrte Produktion abgelöst wird, mit der die wachsende Weltbevölkerung ernährt werden kann.

Welternten 1991-2001

Jahresdurchschnitt

	1992/3/4	1999/2000/1	Änderung %
	(Mio. t)		
Weizen	552	578	4,7
Mais	519	599	15,4
Reis	527	596	13,0
Sojabohnen	121	163	34,7
Gerste	151	130	-13,9
Hafer	32	25	-21,8
Roggen	25	20	-20,0
Hirse	27	26	-0,3
Sonnenblumen	20	25	25,0
Erdnüsse	25	33	32,0
Zusammen	1.999	2.195	9,8

Quelle: Bolsa de Cereales de Buenos Aires, número estadístico 2000/2001.